

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

19. März 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszelt 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Entschädigungslose Enteignung!

Sozialdemokratischer Antrag im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstags trat heute in die Generaldebatte über den neuen Kompromißantrag der Regierungsparteien zur Frage der Fürstenabfindung ein. Als erster Redner sprach der Fürstenanwalt Abg. Dr. Eberling (Dnat.). Er nannte das abgeänderte Kompromiß ein „Kompromiß zwischen Recht und Raub“ und deshalb einen Widerspruch in sich. Wenn einmal ein Sondergericht gebildet und der Reichsgerichtspräsident ihm vorangestellt werde, so sei ein Senat des Reichsgerichts das Rächtiliegende. Eberling ging besonders auf die Richtlinien ein, die jetzt in zehn Paragraphen zerlegt erschienen. Bei Verteilung der „Streitmasse“ sei das Recht des zur Verteilung Verbleibenden jetzt lediglich von den Wünschen der Landesvertreter abhängig. Die Fürsten, die ihre Schlösser und Parks dem Publikum offengehalten hätten, würden jetzt mit entschädigungsloser Enteignung bestraft. Aber auch das reine Privatvermögen sei in gleichem Maße der Begehrlichkeit preisgegeben. Denn die Bestimmung des § 7, wonach aus zweifelsfreiem fürstlichen Privatvermögen den Ländern Schlösser, Sammlungen, Parks usw. gegebenenfalls ohne Entschädigung zuzuwenden seien, sei als zwingendes Recht gedacht. Man habe sich hier unter der „Beizische des Volksbegehrens“ auf das Niveau des Volksbegehrens, auf glatte Enteignung treiben lassen.

Von der sozialdemokratischen Fraktion ist ein Antrag auf entschädigungslose Enteignung eingegangen, zu dessen Begründung Genosse Rosenfeld ausführte:

Die heutige Generaldebatte steht unter dem Zeichen des glänzenden Resultats des Volksbegehrens. Weit mehr als das Doppelte, vielleicht sogar das Dreifache der notwendigen Stimmzahl ist aufgebracht worden. Und das, obwohl nur zwei Parteien zum Volksbegehren auftraten. In allen bürgerlichen Parteien ist die offizielle Parteilinie der Nichtbeteiligung nicht beachtet worden. In allen sozialen Schichten des Volkes fand das Volksbegehren Zustimmung. Zwanzig Großstädte genügten, um die erforderlichen vier Millionen aufzubringen. In vielen Städten hat weit mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten sich eingetragen. In vielen Bezirken Thüringens, wo Arbeiterdörfer vorherrschen, z. B. im Kreise Sonneberg, sind 70 bis 75 Proz. aller Wahlberechtigten für die Enteignung eingetreten.

Das Volk hat mindestens schon ein Urteil gesprochen.

Ein tiefer Erfolg der republikanischen Volksbewegung zum Schutze der Republik. Wir stehen also jetzt bei den Beratungen unter einem günstigen Zeichen. Der Erfolg ist um so größer, als die Behörden sabotierten, Arbeitgeber und Rechtsparteien zu terrorisieren suchten. Selbst Bischöfe haben eingegriffen und die Beteiligung am Volksbegehren als schwere Verfündigung gegen das siebente Gebot bezeichnet. Es sind aber auch Geistliche aufgetreten, die gesagt haben: „Wer zwei Köde hat, gebe dem, der keinen hat.“ Viele Verdächtigungen von derjenigen, die für die Enteignung eintreten, sind schamhaft anonym erschienen. Die Deutsche Volkspartei hat unter ihrem Namen in Chemnitz ein Flugblatt herausgegeben, das an Unanständigkeit nicht mehr überboten werden kann. Es heißt darin:

„Solange die Sozialdemokraten und Kommunisten das durch Betrug und Schiebung erworbene Kapital sozialdemokratischer Parteigrößen, Parteibonzen und Revolutionschieber (Barnat, Autiker, Scheidemann, Leinert usw.) nicht dem Volksvermögen wieder zugeführt haben, haben sie kein Recht, gegen den anachronischen Volksraub die Parteistellenhaftungen zu entsuchen.“ (Zurück: 3/4!)

Decken die Herren von der Volkspartei dies Geschreibsel? (Zurück von der Volkspartei: Nein!) Es heißt dort weiter: „Dieser Raubzug soll nur die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteikassen füllen.“ (Heiterkeit.)

Unsere Parteiführer würden Ihnen das Gegenteil sagen. Die Massen wollen die Enteignung, auch die Mitglieder der bürgerlichen Parteien, bis in die Kreise der Rechten hinein. Sie fordern gleiches Recht für alle.

Sie sind schon enteignet. Warum sollen gerade die Fürsten ein besseres Los haben? Es handelt sich weniger um eine Rechtsfrage als um eine politische Frage. Eine politische Frage aber muß der Gesetzgeber und nicht ein Gericht entscheiden. Zu den Berichten kann das Volk kein Vertrauen haben. Die meisten Richter sind Monarchisten. Der Preussische Richterverein hat jetzt sogar die Zugehörigkeit zum Republikanischen Richterbund für unverteidbar erklärt mit der Zugehörigkeit zum Preussischen Richterverein. Das zeigt die antirepublikanische Gesinnung der preussischen Richter. Ein republikanischer Richter wird verfolgt und drangaliert, wie z. B. Landgerichtspräsident Spah-Gotha, dem man sogar nachspionierte, wie er einen republikanischen Mittelbeamten behandelte, ob er ihm erlaubt habe, Platz zu nehmen oder ihm gestattet habe, zu rauchen! Schon wegen des Mißtrauens, das wegen der republikanischen Stellung der meisten Richter vorhanden sei, dürfe man die Fürsteneinmischung nicht einem Gericht überlassen. Das Gesetz muß aussprechen: Fürsteneigentum ist Staatseigentum. Wir treten für die entschädigungslose Enteignung ein.

Genosse Rosenfeld begründete dann im einzelnen eine große Anzahl von Abänderungsanträgen zu dem Kompromiß der bürgerlichen Mittelparteien, wobei er besonderen Wert darauf legte, daß das Staatseigentum festgesetzt werden muß, daß die Aufwertungsfrage gegenüber den Fürsten nicht anders geregelt werde, als gegenüber anderen Staatsbürgern, und daß die Entscheidungen des Sondergerichts ohne Rücksicht auf frühere Urteile ergehen müßten. Unser Redner schloß mit der Erklärung: Wir bleiben bei der Forderung der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten. Wir werden aber weiter wie bisher an der Verbesserung der Kompromißvorschlüsse mitarbeiten. Das Ergebnis der Abstimmung über unsere Anträge wird unsere endgültige Stellungnahme beeinflussen. Nach dem glänzenden Ergebnis des Volksbegehrens kommt die Enteignung der Fürsten. Sie kommt durch die Mehrheit des Reichstages, wenn Sie es wollen. Sie kommt gegen die Mehrheit des Reichstags, wenn Sie nicht wollen! In letzter Stunde bitte ich Sie, den Forderungen der großen Massen des deutschen Volkes Rechnung zu tragen und auszusprechen, was sicher die Mehrheit will: entschädigungslose Enteignung!

behandelt, — der Reichsminister des Inneren steht sogar in dem Verdacht, den Lockungen unserer ehemaligen Feinde trotz der dringlichsten Abmahnungen, so namentlich der bayerischen Regierung, ein nuz zu williges Ohr zu leihen — nicht fehl gehen konnten, allen Mächten gegenüber, die in absichtlicher Verleumdung wahrer Völkerverbundpolitik und in brutaler Regierung von Gleichberechtigung und Vertrauen hinter ihrem Rücken Komplote schmieden und auszuführen suchten.

Die Veröffentlichung dieses Artikels, der vom Standpunkt einer Länderregierung aus die Außenpolitik der Reichsregierung in selbstgefällig-aufgeblasener Manier herunterreißt, ist ein geradezu beispielloser Vorgang. Man geht kaum fehl, wenn man in ihm einen Nachhall erblickt dafür, daß Stresemann aus Anlaß der Mussolini-Debatte die selbständige Einmischung des bayerischen Ministerpräsidenten Held in die deutsche Außenpolitik zurückgewiesen hatte.

Der Sache Deutschlands wird durch ein solches Treiben der allererschlechtesten Dienst erwiesen. Denn die Stellung Deutschlands in der Welt wird wahrhaftig nicht dadurch gehoben, daß draußen der Eindruck einer unerträglichen Desorganisation geschaffen wird. Für die reichsgefährdende und reichzerstörende Wirkung der nationalistischen Phrasologie liefert der Artikel der „Bayerischen Staatszeitung“ geradezu ein Musterbeispiel.

Inzwischen hat die Reichsregierung bei der bayerischen Vertretung in Berlin angefragt, welche Bewandnis es mit dem Artikel der „Staatszeitung“ habe. Darauf ist, wie WTB. meldet, die Mitteilung ergangen, daß die bayerische Regierung diesem Artikel vollkommen fernstehe.

Ein Gegenstück zum Stöbel-Prozess wäre beinahe dieser Tage vor den Braunschweigern Richtern zum Austrag gekommen. Der Oberstaatsanwalt Dr. Koi, früher Direktor der Landesstrafanstalt in Wolfenbüttel, hat gegen den „Volksfreund“-Redakteur Genossen Eblemann Strafantrag wegen Verleumdung gestellt, weil er dem früheren Anstaltsleiter vorgeworfen habe, er habe private Käufe aus Anstaltsbeständen vorgenommen. Der Prozess hätte wahrscheinlich Verleumdungsmöglichkeiten zum Stöbel-Prozess gegeben. Jedoch ist die Verhandlung wieder auf unbestimmte Zeit vertagt worden, abgleich das Verfahren bereits 1 1/2 Jahre schwebt.

Unternehmerweisheit.

Eine Denkschrift gegen die Arbeitslosenversicherung.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat eine Denkschrift „Stellungnahme zu den Grundfragen der Arbeitslosenversicherung“ verfaßt. Die Denkschrift ist bisher nicht veröffentlicht worden. Es ist nicht anzunehmen, daß es aus nachträglicher Scham geschah. Anscheinend ist diese Denkschrift für den internen Gebrauch der Unternehmervertreter für die bevorstehenden Beratungen des Gesetzentwurfes über eine Arbeitslosenversicherung im Reichswirtschaftsrat bestimmt. Neben allgemeinen Erörterungen über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Arbeitslosenversicherung enthält die Denkschrift auch genau formulierte Abänderungsanträge zu dem vorliegenden Gesetzentwurf.

In dem allgemeinen Teil dieser Denkschrift kommt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu dem Ergebnis, daß es bei der Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu verantworten ist, ein neues Versicherungssystem in Gestalt einer Arbeitslosenversicherung zu schaffen, dessen finanzielle und organisatorische Auswirkungen in einer Zeit der Wirtschaftskrisis und Arbeitsmarktkrisis nicht übersehen werden können. Begründet wird diese Stellungnahme damit, daß die mit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung verbundene finanzielle Mehrbelastung von der Wirtschaft nicht getragen werden könne. Deshalb müsse auch daran festgehalten werden, daß neben anderen Voraussetzungen der Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung von dem Vorliegen einer bedürftigen Lage des Erwerbslosen abhängig zu machen ist. Zur Bekräftigung dieser These von der Unmöglichkeit eines Rechtsanspruchs auf Arbeitslosenunterstützung durch die künftige Arbeitslosenversicherung und als Beweis einer dadurch eintretenden starken finanziellen Mehrbelastung behauptet die Denkschrift der Unternehmer wörtlich:

„Ein nicht unerheblicher Prozentsatz von Erwerbslosen, der in den Städten auf 20 bis 30 Proz., in ländlichen Bezirken dagegen weit höher, nämlich mindestens bis zu 50 Proz., zu schätzen ist, erhält nach den heutigen Vorschriften über die Erwerbslosenfürsorge unter dem Einfluß der Bedürftigkeitsprüfung keine Erwerbslosenunterstützung.“

Eine solche Begrenzung des Personenkreises der Unterstützungsberechtigten hält die Denkschrift der Unternehmer nach wie vor für geboten; sie kommt deshalb auch für eine künftige Arbeitslosenversicherung zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß nur die durch die Arbeitslosigkeit eines Arbeitnehmers hervorgerufene Not zu versichern ist. Aus dem so konstruierten Versicherungsrisiko ergibt sich nach der Logik der Unternehmer, daß den Versicherungsträgern in allen Fällen bei der Gewährung des Unterstützungsanspruches zur Pflicht gemacht werden muß, festzustellen, ob dieses versicherte Risiko, nämlich die durch Arbeitslosigkeit entstandene Not eines Arbeitnehmers vorliegt. Man muß sagen, daß die Sozialfeindlichkeit der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wunderliche Blüten zeitigt. Die Arbeitslosigkeit ist nach dieser Weisheit der Unternehmer noch kein Risiko, nur wenn der Arbeitslose in besondere Not gerät, ist der Unterstützungsanspruch gegeben. Es wäre müßig, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu fragen, was sie von der deutschen Reichsverfassung hält. In dieser wird es geradezu als Pflicht des Gesetzgebers proklamiert, in den zu schaffenden besonderen Reichsgesetzen dafür zu sorgen, daß jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, ist für den notwendigen Unterhalt der Arbeitslosen zu sorgen. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß die Forderungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände im Widerspruch zur deutschen Reichsverfassung stehen.

Die geplante Arbeitslosenversicherung ist nach Auffassung der Unternehmer aber auch deshalb abzulehnen, weil bereits der heutige Sozialetat zu hoch ist und eine weitere Erhöhung der Soziallasten durch Inkraftsetzung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes nicht vertreten werden kann.

Es ist erstaunlich, welche Tiefe des geistigen Niveaus die deutschen Unternehmer im Kampfe für ihre sozialreaktionären Forderungen erreicht haben. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände besitzt den Mut, die Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Sozialversicherung 1924/25 als Beweis für die Richtigkeit ihres Standpunktes anzuführen. Schamhaft wird verschwiegen, daß in der „Berliner Börsenzeitung“ vom 21. Oktober 1924 der Generaldirektor Dr. Pfaffschke die Befastigung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung für das Jahr 1924 in Höhe von 4,3 Milliarden Mark errechnete. Systematisch wurde die Deffektivität von Unternehmerseite mit solchen falschen Zahlen irreführt. Was stellte demgegenüber die Denkschrift des Reichsarbeitsministers einwandfrei fest? Die tatsächlichen Ausgaben beliefen sich im Jahre 1924 nur auf rund 1,640 Millionen Mark. Man kann daran die Struppelhaftigkeit der Unternehmerorganisation erkennen. Angesichts solcher Methoden bleibt es höchstens erstaunlich, daß in diesem Zusammenhange nicht auch wieder die falschen Zahlen der Unternehmer über den Rückgang des Volkseinkommens ins Feld geführt worden sind. Die Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände über „Die Arbeitszeifrage“ schätzte das Volkseinkommen 1924 bekanntlich auf bestenfalls 20 Milliarden

Montag Reichstagsdebatte über Genf.

Ein bayerischer Zwischenfall.

Am Montag beginnt nach Beschluß des Aeltestenrats ohne vorherige Debatte im Auswärtigen Ausschusse die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes und mit ihr die Debatte über Genf. Die Regierung wird dabei mit der heftigsten Opposition der Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten zu rechnen haben. Inwieweit ihr die Parteien der Mitte für die Unterstützung ihrer Politik und die Ablehnung nationalistisch-kommunistischer Mißtrauensanträge zur Verfügung stehen werden, muß sich erst zeigen. Zwar dürfte es Herrn Stresemann gelingen, die Deutsche Volkspartei in seiner Gefolgschaft zu halten, aber etwas anders steht es vielleicht mit der Wirtschaftspartei und besonders mit der Bayerischen Volkspartei.

Jedenfalls verdient ein Artikel des offiziellen Organs der bayerischen Regierung, der „Bayerischen Staatszeitung“, besondere Beachtung, nicht bloß weil er für die Haltung der Bayerischen Volkspartei symptomatisch sein könnte, sondern auch, weil durch ihn eine vollkommene Verschiebung der staatsrechtlichen Zuständigkeiten im Sinne des Partikularismus versucht wird. Die entscheidenden Stellen lauten:

Die schmachvollen Vorgänge in den letzten Wochen und vorher haben allen denen Recht gegeben, die, wie der Leiter des bayerischen Staatswesens, als weiter schauende Politiker und ernster wägende Patrioten bis zuletzt eindringlich vor dem Eintritt in den Völkerverbund gewarnt haben. ... Auf die Bundesgenossenschaft Bayerns würden Reichskanzler und Reichsaußenminister bei ihrer Völkerverbundpolitik jedenfalls nur dann rechnen können, wenn es sich dabei um eine würdige, zielbewusste, und dem Gedanken der deutschen Befreiung hingebenden Politik handelte. ... So mancher führende Staatsmann wird seine stolze Eigenbrödel mit seinem Rücktritt bezahlen müssen und die Politik von Locarno steht vor dem Zusammenbruch trotz des Behauptungsanspruches der Locarno-Mächte, zu dem unbegrifflicher Weise die deutschen Delegierten die Initiative ergriffen haben. Das ist ihnen als Schuld anzuladen, da sie alle Ursache gehabt hätten, gewissenhaft und streng die Frage zu prüfen, ob das Vertrauen und die Offenheit, mit der die Reichsregierung seit längerem alle politischen Fragen

Markt, um damit die Unmöglichkeit der Einführung des Achtstundentages zu beweisen. Warum sollten die Unternehmer nicht mit diesem Argument auch die Unmöglichkeit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung „beweisen“?

Es verlohnt sich nicht, auf die Denkschrift der Unternehmer im einzelnen einzugehen. Sie ist ein reaktionäres Machwerk überflüssiger Art. Der Arbeitslose soll nach Auffassung der Unternehmer keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben, peinlich genau soll seine Bedürftigkeit nachgeprüft werden. Wie das in Zeiten großer Arbeitslosigkeit überhaupt durchführbar ist, wird jedem Verwaltungspraktiker unverständlich sein. Mit Recht wird deshalb immer wieder von Kennern der Verhältnisse gesagt, daß die Prüfung der Bedürftigkeit mehr an Verwaltungsaufwand verschlingt, was vielleicht an Arbeitslosenunterstützung zu zahlen ist. Es ist deshalb auch gar nicht wahr, daß hier erhebliche Einsparungen gemacht werden können. Wenn dennoch die Unternehmer die Beibehaltung der Bedürftigkeitsprüfung verlangen, so deshalb, weil durch einen solchen Druck auf die Arbeitslosen das Lohn- und Gehaltsniveau niedrig gehalten werden soll. Aus dem gleichen Grunde soll auch nach Ansicht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ein berechtigter Grund zur Ablehnung angebotener Arbeit nur vorliegen, wenn die Arbeit dem Arbeitslosen nach seinem körperlichen Zustand nicht zugemutet werden kann. Ob es angemessene Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Arbeitsbedingungen ist, wie es die Artikel 163 und 165 der Reichsverfassung bestimmen, kümmert die Unternehmer nicht. Die Unternehmerdenkschrift tritt selbstverständlich für niedrige Arbeitslosenunterstützung ein; sie schlägt vor, für Ledige in Klasse I 3 M., in Klasse II 4,50 M., in Klasse III 7,50 M., in Klasse IV 10,50 M. pro Woche; die Verheirateten sollen erhalten in Klasse I 4 M., in Klasse II 6 M., in Klasse III 10 M. und in Klasse IV 14 M. pro Woche. Unter Berufung auf das englische System wird die Verstärkung des Einflusses der Staatsverwaltung gefordert, damit in allen Fällen die ausreichenden Sicherheiten für eine straffe und gleichmäßige Durchführung der Versicherung gegeben sind. Daß die englische Zivilverwaltung mit der deutschen Arbeitgeberverbände nicht zu wissen. Wer jedoch verstehen will, weshalb die englischen Arbeiter mit dieser Regelung einverstanden sind, der braucht nur den Artikel von Harold Vaski in Band II 1925 der Zeitschrift „Die Gesellschaft“ über: „Die englische Versicherung und die Zukunft der Arbeiterpartei“ nachzulesen. Er sagt darin an einer Stelle:

„Meine eigenen Befürchtungen gehen vielmehr dahin, daß der Sozialist sich sozialistischer erweisen wird wie seine Väter, und daß das Arbeiterparlament seine Vorschläge radikaler finden wird, als es sie in den ersten Jahren seiner Amtsführung durchzuführen gewillt ist.“

In Deutschland liegen die Dinge umgekehrt. Deshalb ist die Selbstverwaltung in der Arbeitslosenversicherung für uns von der entscheidendsten Bedeutung.

Die Denkschrift der Unternehmer beleuchtet bligartig die immer wieder auftretenden Schwierigkeiten bei der Verabschiedung der Arbeitslosenversicherung. Es muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß die Reichsregierung endlich die Begründung zum amtlichen Entwurf herausbringt und der Reichstag sich auf seine Pflicht besimmt. Bis zur Verabschiedung der Arbeitslosenversicherung sollten jedoch jene Vorschläge, wie sie der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 10. Januar 1925 vorsieht, verwirklicht werden.

Volksbegehren in Ostpreußen.

Die Beteiligung der Landbezirke.

Königsberg, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Zählung der Eintragungen in Ostpreußen ergab bisher für Stadt Königsberg 50 410 (27 Proz. der Wahlberechtigten), Stadtkreis Insterburg 5936 (25,9 Proz. der Wahlberechtigten), für 14 ländliche Bezirke (von 30) 80 906 Eintragungen, zusammen bisher 137 252.

Die Aufgaben der Kammerbühne.

Von Rudolf von Laban.

Der geniale Schöpfer des modernen Tanzes, der am 26. und 27. März im Lindworth-Schauspiel-Saal zwei Kammerbühnenabende gibt, sendet uns die folgenden höchstinteressanten Ausführungen programmatischen Charakters.

Die neue Tanzkunst ist in ihrer Entwicklung über das persönliche Sichausprechen einzelner tänzerischer Begabungen hinausgewachsen. An zahlreichen Theatern gibt heute die neue Bewegungsfreude und vor allem die aus ihr entsprungene Kunstform des neuen Bühnentanzes Anregung und oft auch Ausschlag für die Regie des Schauspielers und der Oper. Selbständige Tanzdichtungen größerer und kleinerer Formate entstehen. Die Kammerbühne ist heute vielleicht berufen, die Keimzelle dieses Wachstums zu sein. Die bewusste Einstellung auf das kleine Ensemble in Trios, Quartetten usw. — bis zum Septett — bedingt einen gepflegten Stil. Der Verzicht auf die orchestrale Massenwirkung soll der Verinnerlichung und Verfeinerung dessen dienen, was — gewissermaßen auf Anhieb — von Bewegungschören und Theatergruppen größeren Umfangs erobert wurde. Ueber dem al fresco des notgedrungenen einfachen Schwanges der noch vielfach gymnastisch orientierten Tänzerchöre soll hier das zarte Bewegungsmotiv in all seinen Verschlingungen und Möglichkeiten zur Anschauung gebracht werden. Diese Anwendung von Gymnastischen befruchtet aber ihrerseits wieder die große Gruppenbewegung. Der Ausbau und die Umrahmung der feingegliederten Einzelleistung führt zu neuen Wegen im Tanztheater. Das chorische Element kann in ein und demselben Tanzwert der große Kontrapunkt der nuancierten Motive werden.

Die dreifache Spannung zwischen dem Tänzer, dem Tanzregisseur und dem ausführenden Tänzer ermöglicht erst Gebilde, die wir als Kunstwerke anzusprechen vermögen. Allzu selten vereint sich die reproduzierende, ausführende tänzerische Begabung mit der Fähigkeit zu genialer Komposition und zu zweckbewusster Regie. Und auch wo diese Begabung gesammelt erscheint, wirkt das subjektive Element vielleicht behindernd, ist aber fast niemals kunstfördernd. Das „Wahnen“ des Tänzers, der sich selbst tanzt, ist, selbst von einer Gruppe umspielt, im Grunde kunstfremd. Es ist Natur, volkstanzartiger Ausdruck einer Leidenschaftlichkeit, eines Wollens, das vom Sühnen bis zum Schrecklichen die „Person“ zeigt. Kunst will und muß Werke haben. Erst das Werk kann zur Allgemeinheit sprechen und damit den Sinn der Kunst erfüllen.

Wir sehen vielerorts kunstgebundene Tanzwerke entstehen neben naturhaft subjektiven Tänzen. Die Kammerbühne, die Keimzelle einer neuen Kunst, muß das Tanzwerk pflegen. Fern von jeder Reizung zu einzelnen Reizern, Tänzerinnen oder Tänzern, fern auch von all den Tamen unserer Zeit, muß jedem Tanzwert, das diesen Namen wirklich verdient, Raum gegeben werden. Es gibt

Das Volksbegehren am Niederrhein.

Die ersten vollständigen Wahlkreisresultate aus dem Reich.

Das Ergebnis des Eintragungsvorgangs in Düsseldorf-Ost und West beträgt:

Düsseldorf-Ost		Wahlberechtigte	Eingetragene
Stadtkreis Düsseldorf	303 638	101 447
Landkreis Düsseldorf	69 106	23 104
Stadtkreis Essen	312 675	111 017
Landkreis Essen	86 689	32 094
Landkreis Elberfeld	117 493	44 449
Stadtkreis Barmen	129 287	59 277
Landkreis Reithmann	79 917	32 342
Stadtkreis Solingen	153 328	79 561
Stadtkreis Remscheid	51 296	25 350
Kreis Lennep	56 615	23 290
Insgesamt		1 360 244	531 871
Düsseldorf-West		Wahlberechtigte	Eingetragene
Stadtkreis Duisburg	161 990	42 368
Stadtkreis Oberhausen	60 741	16 290
Stadtkreis Hamm	66 673	23 456
Stadtkreis Ruhr	79 250	21 053
Stadtkreis Sterkrade	26 476	6 039
Kreis Gese	40 803	6 541
Kreis Rees	46 191	5 202
Stadtkreis Greifeld	90 581	33 912
Landkreis Greifeld	26 806	7 803
Kreis Dinslaken	31 147	9 690
Kreis Wiers	92 294	20 000 vorl.
Kreis Geldern	35 534	2 794
Kreis Kempen	62 458	16 060
Stadtkreis Neuf	26 604	5 028
Landkreis Neuf	21 745	3 712
Kreis Grenzbuich	31 392	5 500
Stadtkreis M. Gladbach	70 368	13 431
Stadtkreis Rheinb.	28 283	8 926
Kreis M. Gladbach	47 675	11 304
Insgesamt		1 047 016	259 036

Stellt man die Zahl der Eintragungen für das Volksbegehren in Vergleich mit den für Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 abgegebenen Stimmen, so ergibt sich das folgende Bild:

Stimmen am 7. Dez. 1924	Proz. d. Wahlberechtigten	Stimmen am 7. Dez. 1924	Proz. d. Wahlberechtigten	
Ost	370 321	27,6	531 871	39,5
West	208 400	19,9	259 036	24,7

Es ist also ein großer Einbruch in die Wählerchaft der bürgerlichen Parteien erfolgt.

Das Ergebnis von Köln.

In der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ wird als Endzahl der Eintragungen in Köln in der Städtetabelle 101 000 genannt. In Wirklichkeit haben sich 156 400 in Köln eingetragen. Bei der letzten Reichstagswahl hatten Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen 88 000 Stimmen. In Köln haben sich also 31,1 Proz. der Wahlberechtigten eingetragen, während bei der Reichstagswahl Sozialdemokraten und Kommunisten nur 17,5 Proz. der Wahlberechtigten auftraten.

Hugenberg-Presse und Volksbegehren.

Vollständig konterriert.

Die Hugenberg-Presse ist gegenüber dem glänzenden Ergebnis des Volksbegehrens fassungslos. Zunächst suchte sie das Ergebnis totzuschweigen. Dann versief sie auf die Kunde, daß es sich nur um eine Musterung der sozialdemokratischen und kommunistischen Wähler handle. Ein Blick auf die Zahlen in Berlin zeigt die Dummheit dieser Kollage.

Bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 wurden für Sozialdemokraten und Kommunisten abgegeben 107 200 Stimmen. Es zeichneten sich ein 158 408 Wahlberechtigte, also rund 512 000 mehr, als beide Parteien Wähler mußerten. Nieht man davon noch die Stimmen der Demokraten und des Sen-

trums ab, so bleiben immer noch 157 000 Eintragungen übrig. Mehr als 150 000 Anhänger der Rechte haben sich in Berlin eingetragen, darunter sicher ein großer Teil Lefer der Hugenberg-Presse.

Angesichts dieser Zahlen erfindet die Hugenberg-Presse einen neuen Dreck. Der „Tag“ schreibt:

„Nieht man die bürgerlichen Stimmen ab, die 3. 2. wohl auch in der Absicht abgegeben worden sind, auf eine radikale Gestaltung der Fürstenabfindung durch den Reichstag einzuwirken, so wird man annehmen dürfen, daß etwa 7 bis 8 Millionen Wähler dem Ruf zum Volksbegehren gefolgt sind, das heißt längst nicht alle die Millionen Kommunisten und sozialistischen Wähler. Da auch keineswegs damit zu rechnen ist, für den Volksentscheid mehr herauszuholen, so ist die ganze Aktion als gescheitert anzusehen.“

Wiso weil viele Angehörige bürgerlicher Parteien für das Volksbegehren eingetreten sind, ist die Aktion gescheitert. Eine seine Logik: je größer der Erfolg, um so kleiner der Erfolg! Auf so dumme Ausreden kann man nur verfallen, wenn man, vollständig zu Boden geschmettert, alle Hoffnung verloren hat.

Ein umstrittenes Ministerium.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gehört zu den umstrittensten aller Ministerien. Der tiefe Riß, der durch die deutsche Wirtschaft geht und sich in dem schroffen Gegensatz der industriellen Interessen zu den „Belangen“ der Landwirtschaft äußert, zeigt sich auch in der Verschiedenartigkeit der Beurteilung, ob die Aufrechterhaltung des Ministeriums notwendig ist oder nicht. Während die Kreise der verarbeitenden Industrie, die hauptsächlich in der Deutschen Volkspartei ihren Sitz haben, die Auflösung verfechten, daß die deutsche Wirtschaftspolitik völlig einheitlich sein müsse und daher nur ein Wirtschaftsministerium nötig sei, stehen die Vertreter der Landwirtschaft, die sich vorzugsweise auf die Deutschnationale Volkspartei stützen, auf dem Standpunkt, daß die Landwirtschaft wegen ihrer übertragenden Wichtigkeit für die Volksernährung und die Gestaltung des Binnenmarktes von einem besonderen Ministerium betreut werden müsse. Der Streit geht seit Jahren, ohne daß er bisher ausgetragen wurde. Angesichts der gegenwärtigen Krise in der Landwirtschaft ist es unwahrscheinlich, daß das Votum des Reichstages in diesem Jahre eine Entscheidung treffen wird.

Der Haushalt des Ministeriums ist, im Gegensatz zu der Bedeutung des Ministeriums, nach seinem Umfang, nach der Zahl der beschäftigten Beamten und Angestellten sowie der Summe seiner Ausgaben einer der kleinsten des ganzen Reichshaushalts. Er umfaßt außer dem Ministerium selbst nur noch die dem Ministerium nachgeordnete „Biologische Reichsanstalt für Band- und Forstwirtschaft“ in Dahlem. Die Ausgaben belaufen sich alles in allem auf rund 35 Millionen Mark. Hieron entfallen auf den Personaletat 1,6 Millionen, auf sächliche Verwaltungsausgaben 271 000 Mark, auf sonstige Ausgaben für allgemeine und besondere Sachzwecke 5,8 Millionen, auf einmalige Ausgaben 27,2 Millionen. In diesen Ziffern sind die Gesamtausgaben der Biologischen Reichsanstalt mit 776 000 Mark enthalten. Die für allgemeine und besonders Sachzwecke angeforderten 5,8 Millionen werden nahezu restlos beansprucht zur Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft, zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsberatung, zur Herausgabe von Berichten über landwirtschaftliche Fragen von allgemeiner Bedeutung und zur Förderung der Binnen- und Seefischeret. Von den einmaligen Ausgaben von 27,2 entfallen rund 26,5 Millionen auf Maßnahmen zur Behebung der Not des Winterstandes. An planmäßigen Beamten beschäftigt das Ministerium selbst 109, die Biologische Reichsanstalt 49, an außerplanmäßigen das Ministerium 5, die Reichsanstalt 17, an Angestellten das Ministerium 33, die Reichsanstalt 30.

Nieder mit Mussolini! In Chieti, dem Städtchen des Rottentillprozeses, sind nachts Plakate angeheftet worden mit dem Text: „Nieder mit Mussolini, dem Mörder!“ Daraufhin hat die Polizei die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt.

historische Tänze, alte Ballette, Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges, das sichtbar gemacht werden muß. Aesthetische Stilborniertheit ist subjektive Freude an Sonderfällen — oft aus Massen-suggestionen geboren. Nur die Vielheit der tänzerischen Gesichte kann uns die neue Tanzkunst bringen. Und diese Vielheit muß erstmal in all ihren Feinheiten im äußerlich nicht allzu umfangreichen Wert erfunden, empfunden und herauskristallisiert werden. Das ist die Aufgabe einer Kammerbühne.

Das neue Präsidium der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger wurde heute vormittag gewählt. Es wurden Gustav Rickelt erster und Kurt Wallauer zweiter Präsident. Dem Wahlgang ging eine außerordentlich bewegte Debatte voraus, die an zehn Stunden dauerte. Es war nämlich ein sehr heftiger Kampf um die wiederum kandidierenden langjährigen Führer der Schauspielergemeinschaft entbrannt. Der Gegensatz von Berlin und Reich machte sich auf das schärfste bemerkbar. So kam es, daß die Berliner Schauspielerei die Genossenschaft aufgekündigt hatten, aber die „Provinz“ siegte über die Hauptstadt.

Der Weltlauf zum Nordpol. Der Nordpolischer Roald Amundsen hat sich kürzlich in Kopenhagen aufgehalten und bei dieser Gelegenheit der „Politiken“ einige Aufklärungen über seine nächsten Ziele gegeben. Nachdem Amundsen von seiner Propagandareise durch Amerika erzählt hatte, wo er, in Selen, „nicht gefüllt mit Millionen“ gesprochen habe und wo man in den Pausen, buchstäblich gesprochen, die Dollars habe raseln hören, ging er über zu seinen Forschungszielen. Vossfüge, so erklärte er, würden zum Sommer eine Modesache werden. Kapitän Wilkins und Leutnant Wade flögen mit Flugzeugen von Point Barrow ab, der Amerikaner Leutnant Bird werde von Grant Land (Spitzbergen) aus starten, und er selbst werde mit dem Luftschiff „Norge“ von Kingsbai aus abgehen. „Norge“ habe einige Zeit bei der Mittelmeersflotte Dienste getan, worauf es von Mussolini, der ein großes Interesse für den Polflug habe, verkauft worden sei. Augenblicklich würden alle Teilnehmer in Rom gesammelt. Von dort werde das Luftschiff über London und Petersburg nach Kingsbai gebracht werden. Bei seinem letzten Flug seien 75 Prozent Sicherheit vorhanden gewesen, daß er sein Ziel erreichen werde; auf Grund seiner letzten Erfahrungen rechne er jetzt mit 95 Prozent Sicherheit. Am 4. Juli hoffe er sich bereits wieder auf amerikanischem Boden zu befinden.

Einlaufender Mörder im Jahr. Noch nie wurden in den Vereinigten Staaten soviel Menschen ermordet wie in den letzten Jahren. Man spricht in der nordamerikanischen Hauptstadt von einem erschrecklichen Anwachsen der Welle des Verbrechens, so daß der Gouverneur des Staates New York die sofortige Einsetzung einer Kommission zur Erforschung der Ursachen der wachsenden Kriminalität beantragt hat. Der Staat New York rangiert, was die Zahl der Verbrechen anlangt, vor allen anderen Staaten der nordamerikanischen Union. Im Jahre 1922 wurden 9500 Personen in den Vereinigten Staaten ermordet; im Jahre 1923 10 000; 1924 11 000; das Jahr 1925 dürfte noch schlechter ablaufen. In Chicago, einer Stadt mit nahezu 3 Millionen Einwohnern, ereigneten sich im Jahre 1923 389 Fälle von Totschlag, während im selben

Jahr im gesamten Deutschen Reich kaum 200 Totschlagfälle zu verzeichnen waren. New York mußte in diesem Jahre 262 Mördernden Provoz machen. In London waren es 43, in Berlin (Schätzungsweise nicht weniger als 50).

Kindermord in Rußland. In Rußland hat eine großzügige Bewegung zur Rettung verwaarlosteter Kinder eingesetzt. Die Notwendigkeit dieser Aktion springt jedem Kenner russischer Verhältnisse in die Augen. Niemals hat es wohl ein solches Kinderelend gegeben wie während und nach dem Kriege in Rußland. Vor allem in der Zeit der Hungersnot stahlen und bettelten sich Armen von halbverhungerten Kindern durch Dörfer und Städte, nützigten auf Straßen und Feldern, schlichen sich in Lastwagen ein und setzten sich auf die Puffer der Eisenbahnwagen, um nach Tschichtin, der drittgrößten Stadt, oder nach dem sagenhaften Nijmger von Petersburg oder gar zum Mütterchen Rußlands, nach Rostau, zu gelangen. Kein Bahnhöfe hat Rostau, und aus jedem ankommenden Zug mußten die weitgereizten Knaben und Mädchen an den Polizisten und Schaffnern vorbeizuhuschen, um in das Dunkel der Großstadt zu tauchen. Gegen diese Zehntausende jugendlicher Vagabunden hat die russische Regierung „Sammelstellen für Straßenkinder“ eingerichtet. In die 407 Kinderheime Rostaus soll dann der Strom der vogabundierenden Kinder übergeleitet werden. Außerdem sind sogenannte „Kinderstädte“ in der Umgebung der Hauptstadt mit 4000 Bewohnern, mit Wohnhäusern, Werkstätten, Feldern und Gärten, die von den Kindern selbst verwaltet werden, errichtet worden. Die größte dieser Kinderstädte ist Puschkow bei Rostau. In den Sammelstellen werden auch die von der Polizei festgenommenen und vom Jugendgericht verurteilten Verbrecher gefiebt und auf die Kinderheime verteilt.

Stattliches über die Briefmarken. Im Jahre 1925 kamen in den verschiedenen Ländern der Erde 1850 neue Briefmarken zur Ausgabe, davon entfielen auf Europa 578, Asien 361, Afrika 508, Amerika 291 und Australien 92. In der Zeit von 1850 bis 1899 wurden insgesamt 13 600 neue Briefmarken ausgegeben; und in den Jahren 1900 bis 1924 insgesamt 29 770. Das ergibt für die letzten 75 Jahre zusammen 43 200 Briefmarken. Da kann der Sammler einmal zusehen, wieviele ihm davon noch fehlen.

Die Kammerbühne Laban, die sich die Aufgabe stellt, choreographische Werke verschiedener Meister und Zeiten in neuer Interpretation und unter Mithilfe bekannter Tänzer heranzubringen, gibt am 26. und 27. März zwei Vorstellungen auf einer für diesen Zweck eigens ausgebauten Bühne des Lindworth-Schauspiel-Saales. Die Leitung der Abende liegt in den Händen von Duffia Veretta. Rudolf von Laban wirkt in Soli, Duo, Trio und Quartetten selbst mit. Jeder Abend bringt ein neues Programm.

Joette Gullbert tritt zu populären Gesängen von 2-6 Mark am 28. im Westbousenjaal auf.

Die Neue Kunstausstellung, Tanztheater. 6. eröffnet am 21. eine Kollektiv-Ausstellung des Malers und Graphikers Erich Baitner und zeigt gleichzeitig Plastiken von Kurt Harald Jentsch.

Die Versteigerung eines russischen Künstler. Der Kunsthandwerker des letzten Jahres in Berlin verstorbenen russischen Malers „Der Volkskünstler“, der bekannte Moskauer Schauspieler Wolstein, hat von der Sowjetregierung den Ehrentitel „Volkskünstler“ erhalten.

Die Kredite der Staatsbank.

Bernehmungen im kleinen Darmatzprozess.

Vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte begann gestern, wie wir schon kurz meldeten, der kleine Darmatzprozess. Die Bernehmung des Angeklagten Blodom ergab, daß dieser sich infolge Arbeitsüberhäufung außerstande sah, die Effekten auf ihren Wert zu prüfen. Der Generaldirektion wurde von drei neuen Kunden der Antrag auf Kreditgewährung und der Pfandschein vorgelegt. Er, der Angeklagte, habe angenommen, daß seine Vorgesetzten über die Zustände in der Lombardabteilung im Bilde gewesen seien. Es seien Gespräche über diese Verhältnisse geführt worden, aber niemand habe für eine Klärung gesorgt. Blodom hat zwar einmal den Auftrag erhalten, die Konten nachzuprüfen, aber er habe unter den erwähnten Umständen nur Stichproben machen können, nach denen sich keine Unterdeckung ergeben habe. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Anklage ihm zur Last lege, gerade in den zur Grörterung stehenden Fällen falsche Angaben gemacht zu haben.

Der Angeklagte Bankinspektor Kerstan betonte, daß er nur 14 Tage zur Vertretung des Oberinspektors Blodom in die Lombardabteilung eingetreten sei. Von den sechs Beamten wären vier allein mit den Buchungsarbeiten vollstätigt beschäftigt gewesen, so daß für die Prüfung der Effekten nur der Gruppenführer und zwei Hilfskräfte, eine Dame und ein Bankbesitzer, der alle acht Tage wechselte, vorhanden waren. Der Gruppenführer, in diesem Falle Herr Blodom oder er, hätten ferner noch den Bankbesitzern einfließen müssen. Man hätte in der Lombardabteilung nicht einmal einen Kassettler, um die unnotierten Werte festzustellen. Ein Kassettler hätte immer erst eine Börsezeitung kaufen müssen, um überhaupt eine Ahnung von den Kursen zu haben. Die beiden Hilfskräfte seien auch des Bankfachs völlig unfähig gewesen. Buchungen auf Pfandscheine seien überhaupt nicht vorgenommen worden, und es habe jede Kontrolle auf die Richtigkeit des Schein-eigentümers gefehlt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich nicht beschwert habe, bemerkte der Angeklagte, daß er für sich in Anspruch nehmen könne, eine große Veränderung in dem Betriebe der Lombardabteilung veranlaßt zu haben. Kerstan schildert dann weiter, daß Automoblilladungen von Effekten eingeliefert worden seien. Den Vorgesetzten hätte es nicht verborgen bleiben können, daß die Effekten nicht auf ihren Wert und ihre Deckungsverhältnisse nachgeprüft werden konnten. Auf den Punkt der Anklage, daß er Auftrag zur Prüfung der Effekten erhalten habe, daß aber die zur Anklage stehenden Fälle auf der Liste nicht bezeichnet wurden, erwidert Kerstan, daß er die Prüfung im Einverständnis mit den Vorgesetzten nicht selbst vorgenommen habe.

Der Angeklagte Bankbeamter Reihel erklärte, daß er etatsmäßiger Feldwebel gewesen und als Militärämterwarter in die Sachabteilung eingetreten sei, ohne irgendwelche Kenntnisse in bankfachlicher oder kaufmännischer Hinsicht zu haben. Ihm sei auch gar keine Gelegenheit gegeben worden, sich irgendwie einzuarbeiten, sondern ihm seien sofort die Arbeiten, zunächst Uebertragungen der Pfandscheine, angewiesen worden. Er habe nicht einmal die Papiere gekannt, noch sei er sich des Unterschiedes zwischen notierten und unnotierten Werten bewußt gewesen. Auch von der Technik des Kurszettellebens hat Reihel nur eine sehr vage Vorstellung, so daß er nicht in der Lage war, den Wert der eingelieferten Effekten zu prüfen. Er habe sich deshalb an den Bankvorsteher, Rechnungsrat Heinke, gemeldet, der die Effekten überschlagen habe. Er selbst habe nie irgend etwas nachgeprüft, sondern alles nur so gemacht, wie er es bei anderen Vorgängen gesehen habe.

Der Angell. Bankdirektor Feld sagt aus, daß die Kunden überhaupt keine Pfandscheine, nicht einmal eine Quittung bekommen hätten. Sie hätten nur ihr Geld in Empfang genommen. Geheimrat Herrmann habe ihn selbst einmal aufgefordert, Kredite zu nehmen, er habe es aber abgelehnt, weil der Zinsfuß zu hoch war. Die Kursrückgänge seien so stark gewesen, daß die Deckungen bereits in drei Tagen unterdeckt gewesen seien. Von dem Tage der Unterdeckung an hätte er keine Kredite mehr genommen, sondern immer neue Deckung gegeben, die allerdings infolge der Rückgänge nicht ausreichend gewesen sei. Der Angeklagte hat mit der Reichsbank einen Vertrag geschlossen, nach dem er mit 10 Proz. vom Reingewinn beteiligt wurde, wenn er seine Verbindungen mit der Staatsbank und anderen Banken zur Verfügung stellte. Der Frage des Vorsitzenden, ob der Vertrag etwa getätigt worden sei, damit der Angeklagte der Bank auf unlautere Weise bei der Sachabteilung Kredite verschaffen solle, wies Feld offensichtlich aus. In seinen weiteren Ausführungen behauptete der Angell. Feld, daß die Unterdeckungen seines Kontos sowie des der Kredit- und Handelsbank, für die er später gearbeitet habe, hauptsächlich durch die hohen Zinsen der Staatsbank im Jahre 1924, nämlich 8 Proz. pro Tag, hervorgerufen worden seien.

Im Verlauf der Bernehmung erklärte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Heilich, obwohl eine Benehmung noch nicht stattgefunden habe und noch nicht festgestellt worden sei, ob die Angaben der Angeklagten zutreffen, müsse das Gericht doch nach dem bisher Gehörten darauf schließen, daß die Angeklagten der Preussischen Staatsbank durch die dort herrschenden Zustände zu der nachlässigen Geschäftsführung verführt worden seien.

Am zweiten Verhandlungstage hielt der Vorsitzende dem Angeklagten vor, daß festgestellt worden sei, daß der Angell. Feld 5000 Mark aus seinem Konto herausgenommen habe, während bereits ein Debet von 8000 Mark vorhanden gewesen sei, so daß das Debet auf 13 000 Mark anwuchs, dem jedoch nur 6000 Mark Deckungswert gegenüberstanden hätten. Sachverständiger Schidlauski: Die Akten sind leider nicht vollständig. Es fehlen bei den Akten Kurszettel und Kontoauszüge. Aus den Pfandscheinen läßt sich die Unterdeckung nicht feststellen. R.-A. Dr. Lee: Ich bitte, die Akten zur Vervollständigung an die Staatsanwaltschaft zurückzugeben. Ich behaupte, daß eine beachtlichste Unterdeckung nicht vorhanden war, sondern daß sie durch die enormen Kursrückgänge verursacht worden ist. Vorl.: Ich muß zugeben, daß uns der sichere Boden fehlt. Staatsanwaltschaftsrat Duden: Es handelt sich darum, Verschuldigkeiten bei Beamten festzustellen. Nach meiner Ueberzeugung genügt es, eine Unterdeckung nachzuweisen.

Im weiteren Verlauf wandte sich der Vorsitzende an Blodom: Es wird Ihnen vorgeworfen, am 5. Februar 1924 dem Angeklagten Feld 290000 Mark ohne jegliche Deckung ausgezahlt zu haben. — Angell. Blodom: Herr Feld hat mit Geheimrat Herrmann, meinem Vorgesetzten, gesprochen, und dieser sagte mir, daß ich die Summe auszahlen sollte, Herr Feld würde einige Tage später die Deckung einbringen. — Vorl.: Sie sollen doch auch in anderen Fällen versiegelte Pakete als Deckung genommen haben? — Angell.: Wir haben stellenweise versiegelte Pakete erhalten, in den Bündeln mit Dollarnoten enthalten waren, mit denen zu handeln verboten war. — R.-A. Dr. Lee: Das ist ja sehr interessant, welche dunklen Valutageschäfte die Staatsbank gemacht hat. — Vorl.: Angeklagter Feld, wie kam es, daß unmittelbar darauf Geheimrat Herrmann in Ihre Bank, die Kredit- und Handelsbank, eingetreten ist? — Angell. Feld: Geheimrat Herrmann wollte schon vorher aus dem Staatsdienst ausscheiden und in eine andere Bank eintreten. Es war schon verhandelt worden, daß er in die Reichsbank eintreten solle. Als ich nachher in die Kredit- und Handelsbank eingetreten kam, veranlaßte ich natürlich, daß Geheimrat Herrmann dort hinkam, damit wir die Kunden, die ihn kannten, erhielten. — Vorl.: Es sind Ihnen dann später von Geheimrat Herrmann 290 000 Mark Kredit gegeben worden, ohne daß die höheren Beträgen etwas davon wußten, und obwohl Geheimrat Herrmann nur Kredite bis zu 50 000 Mark ausgeben durfte. — Angell. Blodom: Die Unterschrift von Herrn Reihel muß aber auf dem Schein stehen. — Eine Nachprüfung ergab, daß das tatsächlich der Fall ist. Der Staatsanwalt erklärte, daß es sich hierbei nur um eine formale Unterschrift handelt. R.-A. Dr. Rosenfeld, Herr

Undén über Genf und Locarno.

Ein Gespräch mit dem schwedischen Außenminister.

V. Sch. Montreux, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Während man am Sitz des Völkerbundes in Genf, bei allem Bedauern über den dramatischen Ausgang der Tagung deren Wirkungen nicht allzu dramatisch beurteilt, möchten gewisse Kreise in verschiedenen Ländern am liebsten jetzt schon den Völkerbund für tot und begraben erklären. Sicherlich werden die Nationalisten und Kommunisten, besonders in Deutschland, sich nicht damit begnügen, den Völkerbund als erledigt zu bezeichnen, sondern auch die Fortsetzung der deutschen Völkerbundspolitik zu verhindern suchen. Da dürfte es besonders im sozialdemokratischen Lager interessieren, die Ansichten des hervorragenden sozialdemokratischen Mitgliedes des Völkerbundsrates Undén über die

Lehre der verunglückten Völkerbundstagung

zu hören.

Der schwedische Delegierte, Genosse Undén, ist der beste Vertreter der kleinen Staaten gewesen. Das Ansehen Undéns ist um so mehr gestiegen, als er unbekümmert um alle Pressionsversuche der großen Mächte, insbesondere Großbritanniens, seinen Standpunkt der grundsätzlichen Ablehnung einer Erweiterung bzw. Vermehrung der permanenten Ratsitze aufrecht erhielt. So war er der populärste Mann in Genf, als er das schöne Beispiel von Selbstverleugnung gab und damit einen Ausweg aus der Sackgasse bot, durch das Angebot, auf den eigenen Ratsitz zu verzichten. Die stürmischen Ovationen, die ihn bei seinem Erscheinen auf dem Rednerpult in der Vollversammlung des Völkerbundes am Mittwoch begrüßten, zeigten, daß diese Geste vielmehr stärksten Widerhall in der ganzen Welt gefunden hat und unvergessen bleibt, obwohl sie unterdessen gegenstandslos wurde. Die sozialistische Internationale kann stolz darauf sein, daß es einer der Ihren war, der diese Aktion der ganzen Welt erteilte. Genosse Undén ist wohl, wie kein anderer, dazu berufen, die letzten Ereignisse in ihrer ganzen Tragweite zu beurteilen. Er gab in Montreux folgende Erklärungen für den „Vorwärts“:

Die Erklärung Undéns.

„Unsere Gegner sind oft geneigt, uns für Utopisten zu halten, die die tatsächlichen Schwierigkeiten unterschätzen, die noch der Entwicklung und Bervollkommnung des Völkerbundes entgegen stehen. Das sind wir aber keineswegs. Wir sind uns darüber klar, daß diese Schwierigkeiten ungeheuer groß sind und nur allmählich überwunden werden können. Aber die Idee des Völkerbundes selbst, das Problem der Schaffung eines internationalen Kollegiums zur Festigung und Durchführung des Friedens ist eine gesunde Idee und verdient selbstverständlich verteidigt und gefördert zu werden. Schon jetzt hat man einen technischen Apparat geschaffen, der recht gut funktioniert, wie es sich bei dem griechisch-bulgarischen Zwischenfall gezeigt hat. Und schon das ist nicht zu unterschätzen. Man darf sich gewiß nicht Illusionen über den Grad der bisher gemachten Fortschritte hingeben. Aber immer wieder können neue europäische Schwierigkeiten entstehen, und wir können daher den Völkerbund dringend gebrauchen. Daraus ist zu schließen, daß

Deutschland alles Interesse daran hat, für den Völkerbund zu wirken,

um an seiner künftigen Entwicklung mitzuarbeiten und sie zu fördern. Wir in Schweden sind von Anfang an dafür eingetreten, daß Deutschland und alle noch drauhen stehenden Staaten dem Völkerbund beitreten und wir glauben, daß das auch im Interesse Deutschlands selbst liegt.

Sicherlich gibt man sich in Deutschland nicht der Illusion hin, daß man sich einer idealen fehlerlosen Einrichtung anschließen würde, aber gerade Deutschland kann wesentlich dazu beitragen, diese Einrichtung zu verbessern.

Was sich jetzt in Genf abgespielt hat, war das Ergebnis eines nicht genügend vorbereiteten Problems. Dem Völkerbund selbst kann man aber dieses Versehen nicht zum Vorwurf machen. Die Völkerbundsversammlung war auf Antrag der Mächte einberufen worden, die in Locarno zu einer Uebereinstimmung gekommen waren und die bereits im Völkerbund saßen. Der Völkerbund selbst hat mit der Geschichte dieser Einberufung nichts zu tun und ist daher schuldlos. Das ist übrigens mit besonderer Schärfe von allen Rednern der kleinen Nationen am Mittwoch zum Ausdruck gebracht worden.

Es soll allerdings nicht verhehelt werden, daß die Interessen einzelner Staaten aus diesem Anlaß viel stärker in Erscheinung getreten sind, als man es vermuten konnte. Allerdings hoffte man bis zum letzten Augenblick, daß diese Sonderinteressen schließlich zurücktreten würden. Das war leider jedoch nicht der Fall. Vielmehr gaben sie den Ausschlag und führten zur Vertagung des Eintritts Deutschlands.

Es ist ja gerade das

Ziel des Völkerbundes, die Sonderinteressen der verschiedenen Staaten miteinander in Einklang zu bringen.

Und da muß ich mit Genugtuung feststellen, daß, soweit die Vertragsmächte von Locarno in Frage kommen, es schließlich gelungen war, dieses Ziel zu erreichen. Sie kennen die Gründe,

Röhe hätte dann doch gleich herunterkommen müssen, um Geheimrat Herrmann zur Rede zu stellen, warum er 290 000 Mark Kredit ausgegeben habe, wo er doch dazu gar nicht berechtigt war. — Bei anderen Fällen, die der Anklage zugrunde liegen, stellte sich heraus, daß keine besonderen Unterlagen vorhanden waren, daß z. B. bei einem Darlehen von 100 000 Mark die vierfache Deckung eingeliefert worden sei.

Die verbotene Sprecherlaubnis.

Bombe rektifiziert!

Der im Feinprozess Panzier und Genossen zum Tode verurteilte Achenkamps hatte sich, wie wir schon mitteilten, an den R.-A. Dr. Georg Löwenthal mit dem Ersuchen gewandt, seine weitere Verteidigung für die Revisionsverhandlung zu übernehmen. Landgerichtsdirektor Bombe hatte diesem Verteidiger abermals Schwierigkeiten gemacht und ihm die Sprecherlaubnis und den Zutritt zu dem besangenen Achenkamps verweigert. Dr. Löwenthal hatte gegen diese Maßnahme Beschwerde im Justizministerium und gleichzeitig auch beim Kammergericht erhoben, mit der Begründung, die Verweigerung der Sprecherlaubnis enthalte eine mit dem Gesetz nicht zu vereinbarende Beschränkung der Verteidigung.

Das Kammergericht hat jetzt die Verfügung des Landgerichtsdirektors Bombe aufgehoben und angeordnet, daß dem Verteidiger Sprecherlaubnis gewährt wird. Dr. Löwenthal hat Achenkamps bereits im Gefängnis aufgesucht.

weshalb die europäische Einigung nicht genüge. Sie lagen jedenfalls jenseits unseres europäischen Machtbereiches.

Ich war sehr glücklich, in Genf die deutschen Delegierten Luther und Stresemann kennenzulernen und den Kontakt mit ihnen aufnehmen zu können. Mir scheint, daß die Haltung der deutschen Delegation sehr klug war. Ihre Zurückhaltung und ihre Geduld ist von niemandem im Ausland als Mädeligkeit empfunden worden, sondern sie hat im Gegenteil überall den besten Eindruck gemacht und hat wesentlich dazu beigetragen, die unangenehmen Rückwirkungen des negativen Ergebnisses der Verhandlungen zu mildern.

Was nun

die Haltung der schwedischen Delegation

betrifft, insbesondere mein Angebot, zurückzutreten, um die Wahl einer anderen Macht zu ermöglichen, so ist das in Deutschland zum Teil ganz falsch gedeutet worden. Das wundern mich aber nicht, insofern, als auch dieses Angebot in Schweden kritisiert wurde, offenbar aber, weil man infolge der großen Entfernung meines Heimatlandes von dem Sitz des Völkerbundes die dortigen Ereignisse nicht so genau verfolgen konnte, wie an Ort und Stelle. Ich habe mich aber besonders gefreut, daß der „Vorwärts“ sofort die Tragweite dieser Geste erfaßte und die Sympathie, die mir die ganze deutsche Sozialdemokratie bezeugt hat, war für mich eine große Genugtuung.

Ich will aber nochmals kurz feststellen: Ganz Schweden hatte sich zu meinen Grundgedanken über die Gestaltung des Völkerbunds bekant. Diese Grundgedanken konnten und wollten wir in Genf nicht opfern. Sie richteten sich keineswegs gegen Polen oder sonst wen, und nie haben wir die These vertreten, daß Polen nicht in den Völkerbundrat solle. Als ich nun sah, daß die im Zusammenhang mit den Wünschen Polens entstandene Krise nicht nur das Werk von Locarno, dessen Bedeutung wir zu würdigen wissen, sondern auch den Völkerbund zu gefährden drohte, da habe ich die Ihnen bekannte Lösung vorgeschlagen, natürlich vorbehaltlich der Zustimmung der schwedischen Regierung, die auch später erfolgte. Diese Lösung bedeutete zwar für Schweden das Opfer seines eigenen Ratsitzes im Völkerbund, aber nicht das Opfer jener Grundgedanke, die sich das ganze schwedische Parlament zu eigen gemacht hat: nämlich keine Vermehrung der permanenten Ratsitze und keine Vermehrung der provisorischen Ratsitze.

Gerade als der Vertreter Schwedens, eines kleinen Staates, der sich von Anfang an für das hohe Ideal des Völkerbundes eingesetzt hat, fühlte ich mich verpflichtet, als ich sah, daß das Bestehen des Völkerbundes durch diesen Konflikt in Frage gestellt war, die Initiative zu ergreifen. Ich tat dies in der Ueberzeugung, daß nicht nur

mein eigenes Land, sondern alle kleinen Staaten, darüber hinaus weite Kreise der ganzen Welt, insbesondere die sozialistische

Defensivität, meinen Schritt verstehen und billigen würden. Der Verlauf der letzten Vollversammlung des Bundes und die warme und herzliche Aufnahme, die mir dort bereitet wurde, haben mir den deutschen Beweis erbracht, daß ich mich nicht getäuscht habe.

Rum ist allerdings dieses Angebot, ebenso, wie das der Tschekoslowakei, hinfällig geworden. Wir wollen nicht aus übertriebenem Optimismus die Tragweite der Schlappe unterschätzen, die der Völkerbundsgedanke durch das negative Ergebnis der Verhandlungen in den Augen des größten Teiles der ganzen Welt erlitten hat. Aber wir wollen aus den neu gewonnenen Erfahrungen lernen und entschlossener denn je an die Arbeit herangehen, um diese Niederlage wettzumachen. Denn die Idee des Völkerbundes ist zu groß und zukunftreich, als daß man sich durch einen vorübergehenden Mißerfolg entmutigen lassen dürfte.“

Banderoeldes Aeußerung.

Banderoelde sagte kurz vor seiner Abreise nach Brüssel, wo er dringend wegen der politischen Rückwirkung des belgischen Frankenschusses erwartet wurde:

„Wenn das deutsche Eintrittsgesuch zurückgezogen worden wäre, wä die Signatarmächte von Locarno unter sich zu keiner Verständigung hätten gelangen können, so wäre das eine Katastrophe gewesen.“

Die Vertagung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund infolge des brasilianischen Vetos ist nur eine vorübergehende Schlappe für den Völkerbund, eine Schlappe, die er aus eigener Kraft bald wieder wettzumachen imstande ist. Ich bin fest überzeugt, daß er nicht verfehlt wird, diesen Mißerfolg wieder gutzumachen.

Vom sozialistischen Gesichtspunkt lege ich Wert darauf, festzustellen, daß zwischen allen sozialistischen Völkerbundsmitgliedern das vollste Einverständnis geherrscht hat, mit dem Ziel, das Werk der Vereinigung zwischen den Völkern zum guten Ende zu führen. Dieses Werk war, soweit die europäischen Staaten in Frage kommen, gelungen. Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß dieses Werk mit sehr vielen Anstrengungen und noch größerer Energie fortgesetzt werden muß, als zuvor.“

Preußen im Reichsrat.

Zu der Vorlage über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen, die in der Donnerstags-Sitzung des Preussischen Landtags zur nochmaligen Prüfung an den Verfassungsausschuß zurückverwiesen wurde, ist ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten eingegangen, mit dem sich der Verfassungsausschuß nunmehr zu beschäftigen haben wird. Der Ausschuß nimmt die Beschlüsse aus dem Jahre 1924 wieder auf, die damals wegen Reumut des Landtags nicht zur Verabschiedung gekommen waren. Der wichtigste Punkt betrifft den § 8 des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats. Der § 8 soll nach dem Vorschlage der genannten Parteien folgende Fassung erhalten:

1. In den Ausschüssen des Reichsrats führt ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied die Stimme des Landes Preußen.

2. Die Gegenstände der Tagesordnung der Vollziehung sind vorher in gemeinschaftlicher Beratung aller preussischen Mitglieder des Reichsrats zu erörtern. In der Vollziehung werden die Stimmen Preußens gemäß der Entscheidung der Vorberatung einheitlich durch ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied abgegeben, es sei denn, daß sich mehr als 10 Stimmen in der Minderheit befinden haben. Jedem gewählten Mitglied das Recht zu, bei einheitlicher Stimmabgabe seine vom Beschluß der Vorberatung abweichende Stellungnahme im Reichsrat bekanntzugeben.

Einigung der Arbeitsminister.

Baldige Ratifikationen des Washingtoner Abkommens.

London, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz der Arbeitsminister hat heute früh um 2 Uhr ihre Arbeiten beendet, nachdem volle Einigkeit auch über die Punkte von geringerer Wichtigkeit, die zurückgestellt werden waren, erzielt wurde. Sämtliche Arbeitsminister unterzeichneten zum Schluß der Verhandlungen ein Dokument, das die Vereinbarungen der Arbeitsminister im Hinblick auf das Washingtoner Abkommen in deutscher, französischer und englischer Sprache enthält.

Über die Sitzung des gestrigen Tages erfährt der Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes noch folgendes: Der deutsche Arbeitsminister Dr. Brauns hatte zuerst die Anwendung des § 4 der Konvention für die Eisenbahnen in Anspruch genommen, sich jedoch, nachdem sämtliche übrigen Delegierten seiner Auffassung entgegengetreten waren, der Meinung der Mehrheit angeschlossen. Die Eisenbahnunternehmungen dürften sich also im Falle von Ueberstunden nur auf Artikel 5 und 6 der Konvention stützen, jedoch tritt für diesen Fall der in der Washingtoner Konvention vorgesehene Ueberstundenlohn von Normallohn plus 25 Proz. Minimum in Wirksamkeit. Auch der Artikel 14 der Konvention, der sich auf den Fall gefährdeter Landesicherheit bezieht, führte zunächst zu Meinungsverschiedenheiten. Die italienischen und deutschen Delegierten vertreten die Meinung, daß dieser Paragraph auch für den Fall einer Krise Anwendung finden dürfte. Die ganze Nachmittagsitzung war der Diskussion dieser Frage gewidmet. Der italienische Delegierte legte sich schließlich der Meinung der Mehrheit und auch der deutsche Arbeitsminister erklärte nach einer Besprechung mit Thomas und Gauters, daß er den Text dieses § 14 unverändert in das neue Arbeitszeitgesetz aufnehmen werde. Albert Thomas stellte schließlich fest, daß jedes Land diesen Artikel unter eigener Verantwortung, jedoch unter der Kontrolle des Internationalen Arbeitsamtes sowie des Haager Gerichtshofes aufnehmen werde. Der französische Minister Durafour dankte dem deutschen Kollegen für sein Entgegenkommen mit den wärmsten Worten. Lediglich die Engländer scheinen über einen möglichen Mißbrauch des § 14 infolge Mangels an wirksamen Sanktionen (?) unruhig zu sein, ein Standpunkt, der von Thomas bekämpft wurde. In den Konferenzkreisen hegt man die Hoffnung, daß das Ergebnis der Londoner Besprechungen zahlreiche baldige Ratifikationen der Konvention sein werden.

Um den Artikel 14.

Wie aus einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ hervorgeht, war das Ergebnis der Arbeitszeitkonferenz durch den Eingriff des englischen Arbeitsministers am gestrigen Abend

ernstlich gefährdet. Von deutscher Seite war der Vorbehalt gemacht worden, daß der Achtstundentag bei der Ausführung von Sachleistungen auf Grund des Dawes-Planes nicht unter allen Bedingungen mit voller Strenge durchgeführt werden könne. Die französische Delegation vereinbarte mit der deutschen eine gemeinsame Kompromißformel für diesen Vorbehalt. Der englische Arbeitsminister erklärte dann diese Kompromißformel für England als unannehmbar. Er verlangte, daß in jedem einzelnen Falle bei einer deutschen Sachleistung auf Grund des Dawes-Planes die Frage durch den Haager Schiedsgerichtshof geprüft werden solle, ob Deutschland berechtigt sei, von der strengen Interpretation des Achtstundentages abzuweichen. Dagegen wandten die deutsche und französische Delegation ein, daß das langwierige Verfahren vor dem Haager Schiedsgerichtshof durchaus ungeeignet sei, eine praktische Frage dieser Art, die auch in ihrer Lösung durch die jeweilige Wirtschaftskonjunktur in Deutschland stark beeinflusst werde.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen haben die Engländer wahrscheinlich ihren Widerstand aufgegeben bzw. einer Einigung dahingehend zugestimmt, daß das Internationale Arbeitsamt in solchen Fällen, außer dem Haager Gerichtshof, die Kontrolle hat.

London, 19. März. (W.T.B.) Unter Hinweis auf die Unterzeichnung der Beschlüsse, die auf der Londoner Konferenz über die Washingtoner Konvention betreffend den Achtstundentag erzielt worden sind, sagte Sir Arthur Steel Maitland, er sei sicher, die Anwesenden würden alle darin übereinstimmen, daß die Londoner Konferenz instande gewesen sei, die Erörterung über die gesamte Frage der Arbeitsstunden vom internationalen Standpunkt erheblich zu fördern. Reichsarbeitsminister Brauns drückte in einer Rede Genugtuung über den Erfolg der Tagung aus und erklärte, Deutschland würde durch das, was an Gleichartigkeit erzielt worden sei, eine beträchtliche Unterstützung erfahren. Auch andere bei der Tagung anwesende Vertreter sprachen ihre Befriedigung aus.

Für Deutschland hat das Ergebnis der Londoner Konferenz insofern besondere Bedeutung, als nicht nur die Einwände gegenstandslos geworden sind, die der Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens bisher noch im Wege standen, sondern auch ein neues Arbeitszeitgesetz in Vorbereitung ist, worin das internationale Übereinkommen und seine jetzt festgelegte Auslegung in allen Teilen berücksichtigt wird. Die Bahn für den gegenseitigen internationalen Achtstundentag ist frei. Es wird wesentlich von dem Verhalten der deutschen Regierung abhängen, daß er alsbald verwirklicht wird und die Arbeitszeit als Moment des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt ausschleidet. Was die deutsche Arbeitnehmerchaft, vorab die freien Gewerkschaften, weiterhin dazu beitragen können, wird in vollem Maße geschehen.

Der Hauptbetriebsrat bei preussischen Behörden.

Die Neuwahl des Hauptbetriebsrats beim Preussischen Finanzministerium und Ministerium des Innern findet bei allen beteiligten preussischen Behörden am 20. und 21. März statt. Wahlberechtigt sind die Bureauangestellten, Techniker und Arbeiter bei den preussischen Oberpräsidenten, Regierungen, Kreisämtern, Katasterämtern, Hochbauämtern, Landratsämtern, Polizeipräsidien, sowie der gesamten staatlichen Polizeiverwaltung (einschließlich der Schuppolizei), ferner in Berlin: der Bau- und Finanzdirektion und dem Preussischen Statistischen Landesamt. Bisher bestand dieser Hauptbetriebsrat aus neun Mitgliedern der freien Gewerkschaften (Zentralverband der Angestellten — Bund der technischen Angestellten und Beamten — Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter — Deutscher Verkehrsband), sowie aus je einem Mitglied des OdbA. und des RdbA. Hierin prägt sich die Bedeutung der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterorganisationen für die Behördenangestellten aus. Erfolge sind nur von diesen Verbänden erzielt worden. OdbA. und RdbA. sind wichtigen Verhandlungen für die preussischen Staatsangestellten ferngeblieben. Für ihre Untätigkeit muß am 20. und 21. März dieses Jahres die Quittung erteilt werden. Alle Stimmen gehören der Vorschlagsliste 1 (freigewerkschaftliche Angestellten- und Arbeiterliste).

Zentralverband der Angestellten — Bund der technischen Angestellten und Beamten — Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter — Deutscher Verkehrsband.

Keine Tarifkündigung der Berliner Gemeindegewerkschaften.

Die am 15. März versammelten Tarifkommissionen der städtischen Werke und der Kammereibetriebe haben zur Frage der Kündigung der bestehenden Lohnverträge zum 31. März Stellung genommen. Gegen eine solche Kündigung wurde beschlossen, von der Kündigung der Lohnverträge Abstand zu nehmen. Einmütig wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die zurzeit bestehenden Lohnverhältnisse ungenügend seien; daß die Löhne noch weit vom Stande der Reallohne des Jahres 1914 entfernt sind und daß in der letzten Zeit durch Wirtschaffung, Erhöhung der Beiträge für Arbeitslosenversicherung und anderer mehr eine weitere Schwächung des Einkommens zu verzeichnen gewesen ist.

Starken Unwillen und Entrüstung hat es ferner in den Kreisen der städtischen Arbeiter ausgelöst, daß der Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe in gleicher Höhe wie für die Beamten trotz mehrmaliger Annahme durch die Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat wiederholt abgelehnt wurde. Wenn trotzdem die Tarifkommissionen davon ablehen, die Kündigung der Lohnverträge zu beschließen, so war in erster Linie maßgebend die Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes und die Auffassung, daß es angesichts der großen Ausgaben, die die Stadt Berlin auf dem Gebiete der Fürsorge für die Arbeitslosen zu erfüllen hat, zweckmäßig sei, wenn im Augenblick von neuen Lohnforderungen Abstand genommen wird. Die Mitglieder der Tarifkommissionen waren sich darüber einig, daß bei einer Besserung auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes und der dadurch bedingten Entlastung der Stadt unverzüglich zu neuen Lohnverhandlungen geschritten werden muß.

Die Berliner Transportarbeiter.

Die Sektion II des Deutschen Verkehrsbandes, die das Transportgewerbe umfaßt, hatte am Mittwoch in den Residenzjahren ihre Jahresmitgliederversammlung. Der Sektionsleiter Köllinger gab den Jahresbericht. Im Berichtsjahre wurden 422 große Versammlungen, 1591 Betriebsversammlungen und 309 Vertrauensmännerkammern abgehalten. Verhandlungen wurden 1126 geführt. Lohnbewegungen ohne Streit wurden in 60 Fällen mit 2091 Betrieben und 38 025 Beschäftigten geführt. Sie brachten einen Mehrlohn von 101 195 Mark pro Woche. In 10 Fällen kam es zum Streit. An den Streiks waren 5887 Beschäftigte in 693 Betrieben beteiligt. Der Erfolg war ein Mehrlohn von rund 29 644 Mark pro Woche. Der Redner ging dann näher auf die einzelnen Streiks ein sowie auf die Tarifkündigungen der Unternehmer in diesem Jahre. Wenn es auch den Unternehmern bisher nicht gelungen ist, im Transportgewerbe irgendwelche Verschlechterungen durchzusetzen, so müssen doch gerade jetzt alle Kräfte angezapft werden, die noch vorhandenen Lücken in der Organisation auszufüllen und dem Verband für die unausbleiblichen Kämpfe der nächsten Zeit die nötige Schlagkraft zu sichern. Mit einem Appell zur reger Agitationstätigkeit im Interesse der Organisation schloß Köllinger seinen Bericht.

Nach kurzer Diskussion wurden die Neuwahlen der Sektionsleitung und der Mitglieder der Ortsverwaltung vorgenommen. Die von der erweiterten Sektionsleitung (mit Ausnahme des wegen Krankheit ausgeschiedenen zweiten Sektionsleiters) vorgeschlagenen bisherigen Mitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Die „Neuesten Auto- und Chauffeur-Nachrichten“.

Das Unternehmen mit diesem Namen, in Berlin N.W. 6, sucht in den Tageszeitungen — junge Leute, die das Autofahren kostenlos erlernen können. Es gibt noch immer — „junge Leute“ genug, die arbeitslos sind, gern Chauffeur werden möchten, wie sie früher zur See fahren wollten und wirklich glauben, daß es edle Menschenfreunde gibt, die sich sogar die Ausgaben für Inseparat leisten, nur um den Rechtegebern-Chauffeuren Gelegenheit zu bieten, zunächst gute Stellung und dann den Führerschein zu bekommen. Nun haben diese „Auto- und Chauffeur-Nachrichten“ auch eine „Informationsabteilung“. Für das Spottgeld von acht Reichsmark geben sie ihre „Informationen“. Die Sache ist sehr einfach. Man hat nur nötig, sich von einem Kraftwagenbesitzer als „Autopfleger“ oder „Hilfschauffeur“ einstellen zu lassen oder von einem Automobilbetriebsbesitzer als „Autobehälter“. Um aber einen solchen Posten zu bekommen, muß man in diesen Nachrichten eine Anzeige um 6,50 M. ausgeben und dann abwarten, ob vielleicht doch etwas dabei herauskommt. Für die „Neuesten Auto- und Chauffeur-Nachrichten“ ist der Fall damit erledigt — falls man nicht ein zweites oder drittes Inseparat bei ihnen aufgeben will.

Auf alle Einzelheiten dieses „großzügigen“ Unternehmens wollen wir hier nicht eingehen. Es genügt, wenn wir — um mit Jagow zu reden — sagen: Wir warnen Neugierige! Außerdem aber möchten wir der Staatsanwaltschaft dringend nahelegen, sich diese Firma einmal näher anzusehen. Denn auch die weniger klugen jungen Leute, zumal die Arbeitslosen, haben immerhin einen gewissen Anspruch auf Schutz vor den Hyänen des Arbeitsmarktes. Wer seine Sinne noch gesund beisammen hat, schützt sich selbst, indem er sich auf derartigen Humbug in keiner Weise einläßt.

Ohne Betriebsvertretung.

Beim Kreisaußschuß Niederbarnim besteht seit März 1925 kein Angestelltenrat. Seine Amtsdauer war abgelaufen, aber eine Neuwahl hat nicht stattgefunden. Weder die Angestellten noch die als Arbeitgeber geltende Behörde hielten es für nötig, eine Neuwahl einzuleiten. Auf beiden Seiten glaubte man, auf eine Betriebsvertretung verzichten zu können, weil die Dienststelle mit ihren Angestellten in schönster Eintracht zusammenarbeitete. Jetzt hat aber einer der Angestellten, ein Bureaugehilfe, die unangenehme Erfahrung gemacht, daß der Verzicht auf die Wahl einer Betriebsvertretung automatisch den Verlust weiterer Rechte zur Folge hat. Dem Bureaugehilfen, der seit acht Jahren beim Kreisaußschuß Niederbarnim beschäftigt ist, wurde gekündigt. Er klagte beim Gewerbegericht, um seine Kündigung als unbillige Härte anzufechten. Nachdem sich hier herausgestellt hatte, daß beim Kreisaußschuß Niederbarnim zurzeit kein Angestelltenrat besteht, konnte der Klage nicht stattgegeben werden, denn das Gericht kann über eine Einspruchsklage aus § 84 A.R.G. nur dann verhandeln, wenn der Angestelltenrat (bzw. der Arbeiterrat) den Einspruch gebilligt hat. Im vorliegenden Falle konnte das nicht geschehen, weil ein Angestelltenrat gar nicht vorhanden ist.

Es ist unbegreiflich, daß Arbeitnehmer auf die Wahl der ihnen gesetzlich zustehenden Betriebsvertretung verzichten, in der Meinung, in ihrem Betriebe herrsche ein so gutes Einvernehmen mit dem Arbeitgeber, daß eine Betriebsvertretung nicht nötig sei. Das gute Einvernehmen wird doch durch das Vorhandensein der gesetzlichen Betriebsvertretung nicht gestört. Doch auch bei bestem Einvernehmen Fälle vorkommen können, wo eine Betriebsvertretung notwendig ist, hat der Kläger zu seinem Nachteil erfahren. Uebrigens hätte der Kreisaußschuß eine Neuwahl veranlassen müssen, nachdem die Angestellten dies unterlassen haben.

„Schiedsspruch für die Rheinschiffahrt.“

In unsere Meldung aus Köln, die mit vorstehender Ueberschrift in der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ erschien, hat sich bedauerlicherweise ein Fehler eingeschlichen. Nicht die Arbeitnehmer, sondern die Arbeitgeber haben den Spruch abgelehnt.

Gesperete Gastwirtsbetriebe. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten mitteilt, sind folgende Gastwirtsbetriebe für organisierte Arbeitnehmer gesperrt: Deutscher Hof, Inhaber Krumrey, Ludauer Straße; Bräutchen des Ostens, Große Frankfurter Str. 16, Inhaber Wundt; die Betriebe Fr. Boarmann, Oberbaumstr. 1 und Brangel-Ede Currystraße; Paradies-Café, Inhaber R. Tesche, Kolonnenstr. 26; Hadepeter, Inhaber Ernesting Buchholz, Frankfurter Allee 327; Lebigenheim, Poppelallee 15/16; Neue Welt, Inhaber Scholz, Hasenheide. — In folgenden Betrieben ist die Sperre aufgehoben: Palais des Ostens, Inhaber Pfeiffister, Warthauer Str. 34/35; Hadepeter, Inhaber D. Könnig, Landsberger Allee Ede Petersburger Straße; und Restaurant Hoppe, Rottbuser Damm 21.

Verantwortlich für Inhalt: Richard Bernheim; Schriftföhrer: Arthur Götter; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Köllinger; Redaktion: Fr. John Schillmann; Redaktion und Sonntags- und Feiertags-Verantwortung: Fr. Köllinger; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2, Block 1, Keller.



Für Wind und Wetter

Sabardine - Summi- und Lodenmäntel für Damen und Herren
Eprobte Qualitäten * Flotte Formen * Billigste Preise

- Damen - Gummi - Mäntel mod., nette Form, pa. Gummierung, M. 22.-
- Damen - Gummi - Mäntel relativ Qual. I. aparte u. Gott. Farb. M. 42.-
- Damen-Gabardine-Mäntel relativ Qual. ganz apart, nette Form, M. 44.-
- Damen-Gabardine-Mäntel beste Qual. I. d. mod. Farben u. Form M. 63.-
- Damen-Loden-Mäntel guter wetterfest. Stricklod., Boxen. Form. M. 23.-
- Damen-Loden-Mäntel prima imprägn. Stricklod. in versch. Form. M. 62.-
- Windjacken dertor, wetter/water Zellbahnstoff M. 12.50

- Außergewöhnlich preiswertes Sonderangebot
- Herrn-Summi-Mantel weite Schlüpfersform, prima Gummierung 16.50
- Herrn-Sabardine-Mantel teils mit Futter und ungefüllt 46.-
- Damen-Summi-Mantel weite flotte Form, prima Gummierung 19.-
- Damen-Sabardine-Mantel teils Wolle innadigiert, flotte moderne Formen 29.50

- Herr.-Gummi-Mäntel Koper, pr. Gummi, Schlüpfers u. a. d. d. d. M. 24.-
- Herr.-Gummi-Mäntel Cheviotbeuge in Uster. u. Schlüpfers. Form. M. 32.-
- Herrn-Gabardine-Mäntel Baumwollgewebe in flotten mod. Farb. M. 38.-
- Herrn-Gabardine-Mäntel pa. Qualität, ganz außergew. preisw. M. 62.-
- Herrn-Loden-Mäntel guter wetterf. Stricklod. in grau u. grün, M. 34.-
- Herrn-Loden-Mäntel in imprägn. Stricklod. in versch. Farben, M. 56.-
- Loden-Pelerinen wetterfest, gut impr. Stricklod. I. versch. Weite u. Lg. M. 20.-

Seineweber

Berlin C. Kölnischer Fischmarkt 4-6

Polizeiausstellung Berlin 1926.

Eine Vorbemerkung im Preussischen Landtag.

Das preussische Ministerium des Innern und das Berliner Presseamt hatten gestern Abend die Presse in den Preussischen Landtag gebeten. Sie sollte über die Vornahme zur großen Polizeiausstellung informiert werden, die vom 25. September bis zum 10. Oktober d. J. in Berlin stattfindet. Das Berliner Presseamt hat die finanzielle, technische und industrielle Ausführung der Ausstellung übernommen.

Als Haupt des Ministeriums des Innern, das die Ausstellung veranstaltet, sprach der Minister des Innern, Genosse Seevering, über ihre Zwecke. In knappen und prägnanten Worten umriß er die veränderte Stellung der Polizei im Volksganzen: Allein aus dieser Wandlung heraus sei zu verstehen, daß eine Polizeiausstellung überhaupt möglich sei. Die Polizei hat aufgehört, ein Geheimnis zu sein, sie steht nicht außerhalb der drei Schichten des Volkes, sondern mitten drin und kann ihre Aufgabe — Freund, Beschützer und Berater zu sein — nur unter der Voraussetzung des vollkommenen Vertrauens der Bevölkerung erfüllen. Vom Werkzeug des Obrigkeitstaates ist sie Organ des Volkes geworden. Dieser Tatsache muß sich jeder einzelne Beamte bewußt sein. Aufgabe der Ausstellung ist es, das Vertrauen zwischen Polizei und Publikum zu erhöhen. Es gilt die Popularität, der sich die Polizei im großen und ganzen bei breiten Schichten der Bevölkerung bereits erfreut, noch zu vertiefen. So sollen auf der Ausstellung die Organisation der Schutzpolizei, ihre Tätigkeit als Fremden- und Verkehrs-polizei, ihre Bewaffnung usw. gezeigt werden. In Verbindung mit Organisation und Bewaffnung der Polizei führte Genosse Seevering u. a. aus: Es ist natürlich zu bedauern, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland noch immer nicht derart stabilisiert sind, daß sie Gestalten würden, die festen Formationen und die Kasernierung zuzulassen. Man braucht aber nicht zu denjenigen zu gehören, die überall rechts- oder linksradikale Plutische befürchten, um trotzdem der Ueberzeugung zu sein, daß eine Abschaffung der festen Formationen, noch verfrüht wäre. Aus dem gleichen Grunde kann auch von einer völligen Entwaffnung der Polizei noch keine Rede sein. Genosse Seevering schloß mit dem Satze: Hieß es früher: „Neugierige werden gewarnt“, so lautet die Parole jetzt: „Treten Sie bitte näher“. Nachdem Oberbürgermeister Böck die Anwesenden im Namen der Stadt Berlin begrüßt und die Schutzpolizei als Kulturinstrument gerühmt hat, gab der Ausstellungskommissar, Regierungsrat v. Trestaw, einen kurzen Ueberblick über die Vorkarbeiten zur Ausstellung. Der Gedanke, sie in die Wege zu leiten, tauchte bereits im Oktober 1924 in Verbindung mit der Polizeiausstellung in Zoppot auf. Die polizeitechnische Ausstellung in Karlsruhe ließ die Absicht ein wenig zurückstellen. Aber gerade in Karlsruhe kamen die ersten ausführlichen Beratungen der Vertreter verschiedener deutscher Länder zustande, die die Verwirklichung der Ausstellung in Berlin zum Gegenstand hatten. Die Polizeiverwaltungen aller deutschen Länder und des Auslandes werden hier vertreten sein. Sie wird die erste und größte internationale Polizeiausstellung werden. Sie soll unter weitgehender Heranziehung von Industrie, Handwerk und Handel neben einem kurzen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung der Polizei in der Hauptsache den gegenwärtigen Stand der neuzeitlichen Polizei aller Dienstverweiger sowie die Möglichkeit einer künftigen Weiterentwicklung aller polizeilichen Einrichtungen zeigen. Besonders gut wird der Kriminaldienst dargestellt sein. In einer geschlossenen Abteilung wird der Erkennungs- und Fahndungsdienst, die verbotene Literatur und Kunst, die Bekämpfung von unzüchtigen Bildern und Schriften zur Darstellung gebracht werden. Die drei Ausstellungshallen werden alle Aussteller faum fassen können.

Mit der Ausstellung ist eine Polizeikonferenz und eine Polizeiwache verbunden. Der Lpa-Film hat eine Herstellung eines besonderen Polizeifilms zugesagt. Eine Reihe ausländischer Polizeiverwaltungen hat bereits ihre Teilnahme an der Ausstellung zugesagt.

Vernehmung v. Lühnow in Nikolassee.

Wie bereits berichtet, hatte das Schöffengericht Nickerfeld gestern infolge der Erkrankung des Angeklagten Dr. Frhr. v. Lühnow die Verhandlung bis auf Montag ausgesetzt und beschloß, den Angeklagten an diesem Tage durch ein vom Gericht gestelltes Auto aus Nikolassee nach Moabit zu einer kurzen Verhandlung herbeizuführen zu lassen. Nach der Verladung hatte eine Besprechung des Gerichts mit den ärztlichen Sachverständigen stattgefunden, die dazu führte, daß das Gericht sich nunmehr entschlossen hat, seinen vorher ergangenen Beschluß dahin abzuändern, daß die Verhandlung am Montag nicht in Moabit, sondern am Krankenlager des Angeklagten abgehalten werden soll, damit durch den Transport nicht eine weitere Gefährdung seines Gesundheitszustandes und damit eine Verzögerung des Prozesses herbeigeführt werde. Dr. v. Lühnow wehrte gegenwärtig in der Villa seines Schwiegervaters, Professor Grothe, die für Montag geladenen Zeugen sind abbestellt worden. Es wird in Nikolassee nur eine ganz kurze Verhandlung stattfinden. Nach den bisherigen Feststellungen der Gerichtsärzte steht fest, daß vorläufig die Hauptanfragepunkte, über die nunmehr die Beweisaufnahme beginnen sollte, nicht angenommen werden können, ehe nicht Dr. v. Lühnow wieder im vollen Maße verhandlungsfähig ist, um sich auch richtig verteidigen zu können.

Wolgenschnwere Messerfackerei.

Zu einer schweren Schlägerei kam es in der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr in der Bismarckdorfer Straße zu Charlottenburg. Hier begegneten sich eine Gesellschaft, die angeleitet von einer Inhaftungsfeier kam, mit jungen Männern, die „eine feile Sitzung“ in einem Lokal hinter sich hatten und auch nicht mehr nüchtern waren. Man rempelte sich an, und aus einem Wortwechsel entwickelte sich bald eine Schlägerei. Ein Nicker Friedrich Sch., der sich mit seinem Bruder Otto auf Besuch bei seinen Eltern aufhält, wurde, wie er behauptet, so schwer bedrängt, daß er in der Notwehr ein Messer zog und auf die Gegner, die in der Mehrzahl der Parte, einfachs. Als eine Schutzpatrone mit dem Auto herangerollt kam, stoben die Parteien beide auseinander und verschwanden. Auf dem Platz blieben nur drei Verletzte. Zwei Brüder Erich und Otto H. mußten von der Rettungswache nach dem Krankenhaus Westend gebracht werden. Der eine hatte einen Stich in die Brust unterhalb des Herzens, der andere einen Stich in die linke Schulter erhalten. Otto Sch., der einen Stich unterhalb des rechten Auges davongetragen hatte, konnte nach Hause entlassen werden, nachdem er einen Verband erhalten hatte.

Der Waddorfer Siedlungs-Skandal.

Gestern hatten sich die Waddorfer Siedler wiederum versammelt, um die Möglichkeiten, sich vor Schaden zu bewahren, an der Hand des inzwischen unternommenen zu erörtern. In Waddorf haben bekanntlich eine Anzahl von Arbeitern, Angestellten und kleinen Geschäftsleuten von der Waddorfer Baugesellschaft, Inhaber Marx und Reich, Siedlungsland auf Grund notarieller Kaufverträge erworben und ihre Verpflichtungen aus den Verträgen erfüllt. Im Grundbuch waren sie nicht als Eigentümer eingetragen. Da aber noch andere derselben als Eigentümer eines Grundstücks, der im Grundbuch als Eigentümer eingetragen ist, war zu den Glaubigern von Marx und Reich möglich, sich eine Sicherheitshypothek von 250 000 Mk. in das Grundbuch eintragen zu lassen,

auch nach dem Abschluß der notariellen Kaufverträge. Wenn der Nachweis nicht gelingt, daß die nachträglichen Belastungen der Grundstücke auf betrügerische Maßnahmen zurückzuführen sind, dann können die Siedler auf Grund der jetzt betriebenen Zwangsversteigerungen von ihrem Besitz, den sie bezahlt haben, ohne jede Entschädigung verjagt werden. Der Staatsanwalt hat eingegriffen und, solange er die Angelegenheit bearbeitet, ruht die Zwangsversteigerung. Inzwischen können die Siedler mit den Hypothekengläubigern verhandeln, um entweder eine Reduzierung der Schuld zu erreichen, in der Zinsen von 7 1/2 Proz. pro Monat enthalten sind, oder sie können versuchen, für die Verbesserung, die sie durch Errichtung von Bauten und Grundbearbeitung vorgenommen haben, eine Entschädigung zu erlangen. Auch kann eine Hilfe der preussischen Staatsregierung in Frage kommen, wenn sich die Siedler genossenschaftlich zusammenschließen. Alles dieses wurde in der Versammlung, an der sich unser Genosse Landtagsabgeordneter Peters beteiligte, erörtert.

Für Frieden und Verständigung. Gegen die Internationale der Nationalisten.

Der Bund der Kriegsdienstgegner, die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, und die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit hatten ihre Freunde und Genossinnen am Donnerstagabend zu einer Kundgebung für die deutsch-französische Verständigung in die Spichernsäle am Nürnberger Platz aufgerufen. Ministerialrat a. D. Genosse Falkenberg eröffnete die Versammlung, in der Genosse Bioch-Paris, der Freund Anatole Frances und Romain Rolland, die Genossin Reichstagsabgeordnete Toni Sender und der Generalsekretär der Friedensgesellschaft, Gerhard Seger sprachen, mit Begrüßungsworten, die sich vor allem an den Vorkämpfer für Frieden und Völkerverständigung, den Genossen Bioch richteten. Trotz des Genies Mißerfolges ist der Geist von Vercano nicht tot und der hysterische Jubel der Nationalisten ist uns rühmend, auf welchem Wege wir im Interesse Deutschlands und der ganzen Welt fortzuschreiten haben. Seger, der erste Redner, wies auf die Notwendigkeit intensiverer Aufklärungspropaganda hin, um den Schutt der von den beiderseitigen Hebern traditionell gepflegten Vorurteile hinwegzuräumen. Genosse Bioch, von stürmischem Beifall begrüßt, sprach temperamentvoll in französischer Sprache und wird nachher überlebt. Er wies eingangs darauf hin, daß der 18. März, der Gedenktag der heldischen schwarz-rot-goldenen Barrikadenkämpfer gleichzeitig auch der heilige Erinnerungstag der siegreichen französischen Kommune von 1871 sei. An uns ist es zu verwirklichen, was die Toten von 1848 und 1871 begonnen haben. Strupellose Heher auf beiden Seiten haben die Welt in namenloses Unglück gestürzt. Es ist nicht wahr, daß die Völker sich hassen müssen. Deutsche Kameraden, das Wort vom Erbfeind ist eines der erbärmlichsten Flügelwörter, das die Verächter des Gewissens und der Gerechtigkeit aufgebracht haben. Die beiden großen Nationen müssen sich ergänzen und in gemeinsamer Arbeit für das Wohl der Menschheit zusammenarbeiten. Wieder mit dem Krieg. Es lebt der Frieden! Stürmische Beifallsgeschreie. Genossin Sender wies darauf hin, daß aller Unsinn über die Internationale der Nationalisten komme. Deutschland und Frankreich bilden eine herrliche Synthese und ihr Zusammenarbeiten ist das Gebot der Stunde. Wer die internationale Verständigung will, muß dem Geiste der Unterdrückung und der Unfreiheit im eigenen Lande den schärfsten Kampf ansetzen. Zu neuen Ideen gehören neue Menschen. Das ist letzten Endes auch das Problem von Genf. (Reicher Beifall.)

Vernachlässigte Volksschulen.

Wer Gelegenheit hat, das Innere verschiedener Groß-Berliner Schulen zu sehen, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß, obgleich man zwar überall die höheren Schulen, soweit es nötig ist, renoviert und für Behrer- und Schüleraugen reichlich ausgestattet, die Gemeindeschulen in einem oft geradezu erbärmlichen Zustand belassen werden. Ueber schmutzige Treppen, an fleckigen Wänden vorbei, deren Farbentrich bereits abgeblättert ist, gelangen die Kinder in Klassenräume, die ebenfalls in nicht besserem Zustand wie die Vorräume sich befinden. Selbst der Festsaal solcher Schulen, die Aula, bietet mit ihren geschmacklos oder gar nicht decorierten Wänden, die verblühen und verstaubt aussehen, mit bunten, schmierigen Fenstervorhängen, die in der Gemeindeschule Petersburger Straße, einer Musterchule dieser Art, sogar teils grün, teils rot sind, ein überaus abstoßendes Bild. Wenn sich die Kinder der Armeen, die ja zu Hause infolge wirtschaftlicher Notlage oft schon alles, was die äußere Schönheit des Lebens ausmacht, entbehren müssen, auch noch fünf bis sechs Stunden täglich in diesen Räumen aufhalten müssen, wenn selbst für ihre seltenen Feiern kein würdiger Ort zur Verfügung steht, so ist es kein Wunder, wenn der Sinn für Kunst und Schönheit nie in ihnen geweckt wird. In solchen „Erziehungsstätten“ wird der Keim dafür gelegt, daß später die kaum Schulentlassenen ihre Erholung in Schundfilmen und Vergnügungsstätten niedrigster Art suchen, daß sie Kernentiegel für Kunstgenuss, den sie nie kennen lernten, nehmen. Gerade in die Armutsggenden der Stadt gehören heile, freundliche Schulen und Schulräume, und es ist eine Pflicht der republikanischen Stadt Berlin, so schnell wie möglich dafür zu sorgen!

Das neue Straßenreinigung-Gesetz.

Das Gesetz über die Straßenreinigung in Berlin vom 21. Januar 21. März 1923 tritt mit dem 30. Juni d. J. außer Kraft. Die Befristung ist den bei der Beschlußfassung geltenden Vorschriften über die Wohnungszwangswirtschaft angepaßt, die inzwischen wiederholt Änderungen erfahren haben. Die Straßenreinigungsbeträge wurden z. B. seinerzeit ganz auf die Mieter umgelegt, jetzt ist ihre Höhe nur bei Bemessung des Hundertfachen der geleisteten Miete berücksichtigt. Die Erhebung von Beiträgen zu den Kosten der Straßenreinigung ist weiterhin erforderlich. Beiträge müssen auch nach den Bestimmungen des § 9 Kommunalabgabengesetzes in der Regel dann erhoben werden, wenn andernfalls die Kosten durch Steuern aufzubringen sein würden. Das ist aber hier der Fall. Hinszu kommt, daß bei einer Erhöhung des Zuschlages zur Grundvermögensteuer an Stelle der Straßenreinigungsbeträge von der Belastung Grundstücke betroffen würden, die keine städtische Straßenreinigung haben, andererseits aber die steuerfreien Grundstücke ausfallen, die jetzt beitragspflichtig sind. Eine Erneuerung des Gesetzes ist daher geboten. Mit Rücksicht auf das am 1. April d. J. beginnende Rechnungsjahr ist die Geltung von diesem Zeitpunkt ab erwünscht. Der Magistrat hat in Uebereinstimmung mit der Deputation für das Stadtverordnungs- und Finanzwesen und nach Anhörung der Vorstände der Bezirksämter ein Dispositiv beschloffen und in einer Vorlage die Stadtverordnetenversammlung um Zustimmung erlucht.

Wie bleibt der Mensch gesund?

Anlässlich der Tagung des Reichsverbandes für freie Körperkultur fand im Vortragsaal des Bezirksamts Kreuzberg ein Lichtbildvortrag von Adolf Weide-Danzig statt. Grundlagen der Gesundheit seien vor allem richtige Atmung, Ernährung und Ausscheidung des Körpers in Licht und Luft. Man müsse nach Schichtarbeit lauter, ohne sich zu überfordern, die Ernährung im reinen Salat. Zu empfehlen sind besonders Uebungen von Surin. Für die Schulen verlangte Weide statt der oft gesundheits-schädlichen Turnübungen Biogebäude und Dachgarten für die Körper-

kulturstunde in den Schulen. Sehr profitlich führten er Wassungen, Massage und Atemübungen vor. Die Lichtbilder zeigten die Erholung Danziger Kinder, Männer und Frauen in den Luftpark, die Körperkultur in den Schulen und die Körper- und Schönheitswettbewerbe nach amerikanischem Muster.

Grundbesitzer für die Bodenreform.

Nachdem erst kürzlich der Haus- und Grundbesitzerverein zu Fredeburg (Ostbahn) nach einem Vortrag des Geschäftsführers des Bundes Deutscher Bodenreformer sich für die Bodenreform, für den Artikel 153 der Reichsverfassung und die praktische Durchführung des Reichsheimstättengesetzes eingesetzt hatte, durch einstimmige Annahme einer Resolution, die von der Reichsregierung die alsbaldige Vorlegung eines Bodenreformgesetzes mit dem Reichstag dessen Verabschiedung forderte, hat am Sonntag, den 14. März, auch der Grundbesitzer- und Interessentenverein von Dabendorf und Umgegend nach einem Vortrag desselben Redners einstimmig eine Resolution angenommen, die die gleiche Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag ausdrückt.

Reichsbahn und Radfahrer.

Die wir hören, ist den Eisenbahnbediensteten Entgegenkommen gegen Reisende mit Fahrrädern zur Pflicht gemacht worden. Die fahrende Reisende darüber geklagt haben, daß sie bei Auslieferung ihrer Fahrräder am Packwagen der Bzige bis nach Abwicklung des Ladegeschäftes warten müßten, sind die Fahrradbesitzer angewiesen worden, die Fahrräder der Reisenden unverbürglich anzunehmen. Wenn der Fahrradbesitzer solche Reisende wegen der am Packwagen aufgestellten beladenen Gepäcklasten nicht sofort wahrnehmen kann, haben die beiden letzteren befindlichen Ladeposten ihn auf die Reisenden aufmerksam zu machen. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn Reisende sich zum Empfang ihres Fahrrades am Packwagen des Bzige einstellen.

Erweiterter Gültigkeitsbereich der Sommerfönderzüge.

Wie wir erfahren, wird die demnächst zusammenzutretende Fahrplankommission für die Sommerfönderzüge über einen Vorschlag beraten, der den Gültigkeitsbereich der Sommerfönderzüge nicht unerheblich erweitert. Nach diesem Projekt sollen die Sommerfönderzugarten Gültigkeit zur Rückfahrt von mehreren Stationen des gleichen Gebietes haben, so daß der Benutzer der Sonderzugart, der bekanntlich innerhalb zweier Monate mit einem fahplanmäßigen Zuge die Rückfahrt antreten kann, nicht an einen Ort für seinen Aufenthalt gebunden ist. Die Durchführung dieses Vorschlages würde sicherlich zur verstärkten Fernung der beliebten Sommerfönderzüge beitragen.

Ausfall zur Fleischereiausstellung.

Anlässlich der kommenden Fleischereiausstellung hatten die Berliner Schlachthöfe Gaswerke am Montagabend zur Vorführung eines Films „Gas- und Fleischereibetrieb“ eingeladen. Der Vortragende der Gaswerke, Tremos, wies einleitend auf die Vorteile der Gasverwendung gegenüber der unsauberen und unwirtschaftlichen Handhabung der Kohlenfeuerwerk in Fleischereibetrieb hin. In geschickt aufgebauter Weise lernte man im Film das Fleischbearbeitungsprozess kennen. Zum Schluß sah man noch ein interessantes Experiment. Zwei Schlingen, die je 9 Pfund wogen, wurden im Gas- bzw. Kohlenofen eingeschoben. Nach Beendigung des Bratprozesses (beim Gasofen rechnet man für ein Pfund 12 bis 18 Minuten) wird bei dem im Kohlenofen überreichten Braten ein zirka 2 Pfund größerer Gewichtsverlust festgestellt als bei dem, der mittels des Gasofens hergerichtet wurde. Alles in allem kann man feststellen, daß die Gasöfen Gaswerke immer wieder bemüht sind, Fertigkeit entsprechend der Neuzeit auf den Markt zu werfen.

Zeugen gesucht.

Am 29. Januar d. J. ereignete sich auf dem Bahnhofsplanee ein Fall, bei dem ein älterer Mann unter einen Zug kam. Der Oberstaatsanwalt erläßt im heutigen Anzeigenteil einen Aufruf, in dem er Zeugen dieses Vorfalls erlucht, sich zu melden.

Gestohlene Sammelliste zum Volksbegehren.

Dem Kassierer des sozialdemokratischen Ortsvereins Neuenhagen a. d. Ostbahn wurde die Briefstache gestohlen, in welcher sich neben Parteimarken auch die vom Bezirksverband Brandenburg ausgegebene Sammelliste Nr. 1546 zum Volksbegehren befand. Sollte die Sammelliste rechtmäßiger benutzt werden, so wird gebeten, die betreffende Person festzustellen.

Öffnung des Dampfwerkes am dem Wannsee.

Die Stern- und Kreisfahrten sind bei günstiger Witterung am 21. März den Sonntagsfahrten zwischen Wannsee und Potsdam angeschlossen.

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, vom 11. März, Tagelöhner 15. Vortrag des Herrn Dr. H. A. ...

Eine städtische Ausdehnung über Kolonialexpansion.

Die Freireligiöse Gemeinde des Reichshagens, findet nunmehr bestimmt am Sonntag, den 28. März, vorm. 11 Uhr, im Deutschen Theater statt. Das Programm bleibt unverändert. Karten zum Preis von drei und fünf Mark sind im Gauzureau, Berlin S. 14, Eberlanstr. 7/8, und an den Theatervorstellungen von Nez ...

Der Film: Das Paradies Europas.

Der Film: Das Paradies Europas, der Natur und Leben der Schmeiß zeigt, läuft im Lichtbildtheater der Treptower Sternwarte u. zwar am Sonntag, d. 20. März, abends 8 Uhr, Sonntag, den 21. März, um 4, 6 u. 8 Uhr, Sonntag, den 27. März, um 5 und 8 Uhr und Sonntag, den 29. März, um 4, 6 und 8 Uhr.

Ein deutscher Redakteur an der französischen Front schwer verwundet.

Eine gemahlte Feuersbrunst hat in Genf den Justizpalast eingeschloren. Das Archiv mit zahlreichen gerichtlichen Dokumenten ist mitverbrannt. Der Brand stellt sich als katastrophales Ereignis dar.

Fingerveranstaltungen.

M. M. ...

Glas * Porzellan * Wirtschaftsartikel

Porzellan

zu besonders billigen Preisen

Steingut

Glas

Weiss, mit kleinen Fehlern
Speiseteller each 25 Pt.
Speiseteller auf 35 Pt.
Abendbrotteller 16 Pt.
Terrinen 27⁵
Bunt, mit Streublumen
Kaffeekannen mit Streublumen 125 145
Gläser mit Streublumen... 30, 35 Pt.
Zuckerboxen 48 Pt.
Speiseteller "Pastor" in Goldrand, rot u. fach 58 Pt.

Tassen mit Untertassen, weis Porzellan **10** Pt.
Tassen mit Untertassen, Goldrand, **28** Pt.

Speiseteller
 weis Steingut, drei oder fach
12 Pt.

Speiseteller
 weis Steingut, drei oder fach
18 Pt.

Waschgarnituren 3teilig, mit Goldfarb 67⁵
Waschgarnituren 3teilig, mit Goldfarb 70⁰
Küchegarnituren 2teilig, Kero 70⁰
Tafelservice 6teilig, 6 Personen 97⁵
Satz Salattieren weis, 6 Stg. 95 Pt.

Likörgläser 38 Pt.

Bierbecher geschliffen 25 Pt.
Bierbecher Mattband 16 Pt.
Römer auf grünem Fuss 45 Pt.
Pressglas
Butterglocken gepresst 28 Pt.
Käseglocken gepresst 70 Pt.

Bierbecher 18 Pt.

Stahlwaren

Emaill

Aluminium

Holzwaren

Nickelwaren

Alpaka-Teelöffel 25, 35 Pt.
Alpaka-Esslöffel 55, 65 Pt.
Essbestecke gebildet durch gebend... Paar 75 Pt. 12⁵

Wasserkonsole in Schüssel 85 Pt.
Müllschalen 55, 65 Pt.
Waschbecken mit Schüssel 95 Pt. 14⁵
Schmortöpfe mit Ring 85 Pt. 11⁰
Kasserollen mit Schüssel... 65, 75 Pt.

Kasserollen 75, 85 Pt.
Schmortöpfe mit Deckel 12⁵ 14⁵
Wasserkessel 28⁵ 3⁵
Milchkannen mit Bügel 14⁵
Kaffe- u. Zuckerboxen 95 Pt.

Waschetrockner 95 Pt.
Aermelplättbrett 85 Pt. 10⁵
Waschbretter 55, 90 Pt.
Plättbretter 42⁵ 45⁵
Putz- u. Wischkasten 65, 95 Pt.

Kaffeeservice 3teilig, auf 97⁵
Brotkörbe rund, mit Stielring... 95 Pt.
Likörbecher innen vergoldet, 8 5 Pt.

Weinkühler 24⁵
 Aluminium, mit zwei Gefäßen

Blumenkasten groß quadratisch 95, 75, 50 Pt.

Blumenbretter 22⁵

Gießkannen groß lachend 1, 2⁵, 2⁵, 3⁵ Pt.

Gartenschläuche Meter 1⁰⁰ 2⁰⁰

Metallbettstellen mit doppeltem Spiralfeder Größe 90x165 **1250**

Metallbettstellen mit gutem Patent-Boden Größe 80x185 **1750**

Metallbettstellen guter Patent-Boden, besonders starker Bügel, Gr. 90x190 **2450**

Bankbetten mit gutem Leinenbezug **1425**

Kinder-Bettstellen Seitenteile abklappbar Größe 70x160 **2200**

Ruhebetten gute Verarbeitung **3750 4500 5500**

Bettfedern besonders füllkräftig Pfund **155 290 425**

Bankbetten in Ausführung, Kopf- und Fußteil abklappbar, D. R. G. M. 755263 **2500**

Freitag u. Sonnabend
 aussergewöhnlich
 billiges Angebot in
Lebensmitteln
 FRANKFURTER ALLEE

HERMANN TIETZ

Ischias
 Schmerzmittel
 bei Ischias, Rheuma, Gicht, Migräne, Kopfschmerzen, Zahnschmerzen, Neuralgie, etc.
 Preis pro Packung 1,50

Gardinen!
 Sonderangebote
 Galagenhalskäufe
 Künstler-Gardinen 2.90
 Nierens-Gardinen 4.-
 Stores 2.20
 Bettdecken 1 bettig 4.-
 Bettdecken 2 bettig 8.-
 Spez.-Gardinenwerkst.
 Neukölln,
 Bergstr. 67
 am Rindbühnenhof
 Kein Laden!

J. Baier
 BERLIN N
 BADSTR. 26
 ECKE PRINZEN ALLEE
 Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung
 Die Maß-Abtg. unter Leitung bewährter Zuschneider bietet Gewähr für eleganten Sitz u. gute Verarbeitung
 Gummi- u. Lodenmäntel
 Sport- u. Berufskleidung
 Elegante Einsegnungs-Anzüge in großer Auswahl von 24 M. an

Früh-Perücken
 Frisuren, Perücken, etc.
 Sie billige Bezugsquelle für
 Frisur-Perücken
 Frisurföpfe jeder Art

Berliner Elektriker-Genossenschaft
 angeschl. dem Ver. 602, Baubetriebe
 Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
 Fernsprecher: Norden 6525, 6526
 Filiale Westen, Wilmsdorf
 Landhausstr. 4, Tel.: Pilsburg 9631
 Ausstellungsräume und Lager
 Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telefon: Köpenick 540
 Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
 Ausführg. sämtl. Reparaturen
 Preiswerte, gediegene Arbeit

Stellenangebote!
 finden im Vorwärts
 beste Beachtung

Kräuter-Franzbranntwein
 Überall erhältlich
OPP & JOSEPH
 Berlin W.

Holzhäuser
 Wohnlauben, Verkaufshäuser etc.
 Hofart preiswert
Holz- und Steinhauses, m. b. H.
 Berlin, Hochstraße 27, Köpenick 0318.
 Verlangt Sie Verzeichn.-such!

Lausitzer Platz 16
 Der gute **Kapitän-Kautabak**
 C. Böcker, Berlin
 Lichtenberger Straße 22, Köpenick 1961

Steyn- und Danner-Decken
 H. H. Danner-Danner-Decken
 laden Sie herein ab Fabrik
Bernhard Strohmeyer, Berlin
 Wollstr. 72 (Hintergrundbahn, Invalidenstr.)
 Straße: Spittelmarkt, Ecke Scheidestr.
 Nikolai-Platz 2, Ecke Zeughausstr.
 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110.

Rips-Kleid
 vornehme Machart, in bester Rips-
 Qualität, Rock mit Plüsch-Teilen,
 in modernen
 Farben
1975



Sonder-Angebote

Damen-Putz u. Damen-Konfektion

Jugendliches Kleid
 mit Plüsch-Rock, sehr elegant,
 in sehr gutem Plüsch,
 in allen Pastell-
 Farben
1575




275: **Marizza-Hut** in großer
Farbenauswahl

350: **Überziehhut** mit leichter
Bandparierung

595: **Kleiner feiner Hut**
Eignung in Strickstoffe

695: **Nettes Bandhut**
in dunklen Farben

795: **Vornehmer kleiner Hut**
aus Tüll mit Perlen

895: **Kleiner Hut**, Kopf
in Band u. Schirm sein

1275: **Kleiner Glanz-Hut**, Kopf
in Crème u. Schirm grün

1350: **Hut**, Französisch u. Crème
in Crème u. Schirm grün

Warenhaus Wilhelm Stein
 BERLIN N 39 Chausseestraße 70-71 BERLIN N 39